

Erinnerung partizipativ gestalten

Zivilgesellschaftliche Teilhabe an der Gestaltung
öffentlicher Erinnerungskultur in der Schweiz

Anne Schillig, Gian Knoll und Sebastián Lingenhölle

Bericht im Auftrag der
Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften



IMPRESSUM

Herausgeberin

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
Haus der Akademien • Laupenstrasse 7 • Postfach • 3001 Bern • Schweiz
+41 (0)31 306 92 50 • sagw@sagw.ch • sagw.ch

Autorin und Autoren

Anne Schillig • Gian Knoll • Sebastián Lingenhölle

Redaktion

Christina Graf (SAGW) • Heinz Nauer (SAGW)

Lektorat

Nicole Wachter (www.lektorat-wachter.ch)

Layout

Marie Steck (SAGW)

Umschlag

KEYSTONE/Laurent Gillieron

Ein Arbeiter reinigt die Statue des Kaufmanns und Händlers David de Pury in Neuenburg. In der Nacht auf Montag, 13. Juli 2020, wurde die Statue mit roter Farbe beschmiert. Die Urheber:innen des Farbanschlags erklärten in einer Pressemitteilung, dass die rote Farbe das Blut der Sklaven symbolisiere, ohne die Pury sein Vermögen nicht hätte aufbauen können. Sie forderten, dass die Statue entfernt oder unter Beibehaltung der roten Farbe in ein Museum gebracht werde. Obwohl die Skulptur noch am selben Tag gereinigt wurde, berichten mehrere Medien über den Vorfall.

Korrektorat und Druck

Druck- und Werbebegleitung Heinz von Gunten, Köniz

1. Auflage, 2022 (200 Exemplare)

Copyright: Dies ist eine Open-Access-Publikation, lizenziert unter der Lizenz Creative Commons Attribution (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Der Inhalt dieser Publikation darf demnach uneingeschränkt und in allen Formen genutzt, geteilt und wiedergegeben werden, solange der Urheber und die Quelle angemessen angegeben werden. Das Verwertungsrecht bleibt bei der Autorin und den Autoren. Sie gewähren Dritten das Recht, den Artikel gemäss der Creative-Commons-Lizenzvereinbarung zu verwenden, zu reproduzieren und weiterzugeben.

Creative Commons Attribution 4.0 International License



Zitiervorschlag

Schillig, Anne, Gian Knoll und Sebastián Lingenhölle (2022): Erinnerung partizipativ gestalten. Zivilgesellschaftliche Teilhabe an der Gestaltung öffentlicher Erinnerungskultur in der Schweiz. Bericht im Auftrag der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Swiss Academies Reports 17,1).
<https://doi.org/10.5281/zenodo.6539433>

Die Publikation ist in digitaler Form und in französischer Übersetzung verfügbar auf sagw.ch

ISSN (Print) 2297-1564
ISSN (online) 2297-1572

DOI: <https://doi.org/10.5281/zenodo.6539433>

Erinnerung partizipativ gestalten

Zivilgesellschaftliche Teilhabe an der Gestaltung
öffentlicher Erinnerungskultur in der Schweiz

Anne Schillig, Gian Knoll und Sebastián Lingenhölle

Bericht im Auftrag der
Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
Materielle Erinnerungskultur und zivilgesellschaftliche Partizipation	9
Theoretischer Rahmen und Begrifflichkeiten	9
Voraussetzungen für zivilgesellschaftliche Teilhabe in demokratisch organisierten Gesellschaften	12
Beispiele für Partizipationsprojekte	15
Nationale und internationale Aktionen	15
(1) Denkmal 2051 des Berner Generationenhauses	17
(2) Stolpersteine in der Schweiz	18
(3) Swiss Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus	19
(4) Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989	20
(5) Freiheits- und Einheitsdenkmal	21
(6) Portland's Monuments & Memorials Project	22
(7) ReMapping Memories – Mahnmal zu Ehren versklavter Menschen	23
(8) Collectif pour la Mémoire – Umgestaltung des David-de-Pury-Denkmal	24
(9) Reisende Denkmäler («Transit 1999»)	25
(10) Umgestaltung des Weltelegrafendenkmals	26
(11) Vo da.	27
(12) Erdinger Geschichte	28
(13) Public Iconographies	29
(14) #everynamecounts – Digital Archives	30
«Good Practice»-Ansätze für Anspruchsgruppen aus Politik und Verwaltung	31
Mapping von Teilhabepraktiken	34
Interviews zu Partizipationserwartungen	37
Zehn Empfehlungen für zivilgesellschaftliche Teilhabeprojekte in der Schweiz	41
Literatur	43
Bildnachweise	45

Zusammenfassung

Materielle Erinnerungskultur ist eine wichtige Ressource demokratischer Legitimität. Denkmäler, Gebäude, Installationen und andere Darstellungen im öffentlichen Raum machen historische Erinnerung sicht- und erfahrbar und formen das politisch-kulturelle Selbstverständnis von heutigen Gesellschaften mit. Nur: So divers demokratische Gesellschaften und ihre Mitglieder sind, so vielfältig sind auch ihre Geschichts- und Gedenkkonstruktionen. Deswegen sind Erinnerungskulturen in Demokratien häufig umstritten und müssen immer wieder neu verhandelt werden.

Auch in der Schweiz haben sich in den letzten Jahren die Debatten über Erinnerungskulturen und ihre Darstellungen im öffentlichen Raum intensiviert. Es steht die Forderung im Raum, breite Bevölkerungsteile am Entstehungs- und Veränderungsprozess von Denkmälern partizipieren zu lassen. Auf diese Weise sollen etwa postkoloniale, migrantische, weibliche oder queere Gedächtnisperspektiven Eingang in die hiesige Erinnerungskultur finden.

In der Schweiz ist «Kulturelle Teilhabe» Bestandteil der Kulturbotschaft 2021–2024 und bildet eine der drei strategischen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes. Darüber hinaus hat das Thema Eingang in die Kulturleitbilder vieler Kantone, Gemeinden und lokaler Kulturinstitutionen gefunden. Die kulturelle Teilhabe soll die aktive Mitgestaltung des kulturellen Lebens fördern, zur kulturellen Vielfalt in der Schweiz beitragen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Die vorliegende Studie «Erinnerung partizipativ gestalten. Zivilgesellschaftliche Teilhabe an der Gestaltung öffentlicher Erinnerungskultur in der Schweiz» orientiert sich an folgenden Leitfragen:

- Welche Aktionen und Projekte gibt es derzeit im Zusammenhang mit der Planung und Entstehung materieller Erinnerungskultur, insbesondere von Denkmälern?
- Mittels welcher diskursiven und performativen Praktiken partizipieren zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Anspruchsgruppen an diesem Prozess?
- Wer sind sie, und welche Partizipationserwartungen haben sie?
- Welche Voraussetzungen sind unabdingbar für eine erfolgreiche Partizipation an erinnerungskulturellen Praktiken in demokratischen Gesellschaften?

Die Studie untersucht diese Fragen anhand zweier Zugänge. Zunächst werden 14 Fallbeispiele aus der Schweiz, Deutschland und den USA geschildert, die den Wandel eines erinnerungskulturellen Diskurses und dessen materielle Repräsentation im öffentlichen Raum angestrebt haben oder dies gegenwärtig tun. Die Beispiele zeigen verschiedene Praktiken, mithilfe derer zivilgesellschaftliche Akteurinnen in demokratischen Gesellschaften Teilhabe an Erinnerungskultur erwirken können. Dazu gehören insbesondere das Lancieren öffentlicher Abstimmungsverfahren, die Entwicklung ganzheitlicher partizipativer Verfahrensprozesse sowie die Gründung diverser Formen breiter Bürgerbeteiligungen.

In einem zweiten Schritt werden summarisch die Ergebnisse aus Leitfadeninterviews mit Verantwortlichen von sieben Aktionen und Projekten präsentiert. Sie wurden unter anderem gefragt, welche Erwartungen an eine partizipativ gestaltete Erinnerungskultur bestehen und welche behördlichen und politischen Hürden zu überwinden waren beziehungsweise welche Grenzen den eigenen Projekten durch politisch-rechtliche Rahmenbedingungen gesetzt wurden.

Die Auswertungen der qualitativen Daten zeigen, welche Handlungsoptionen sich Anspruchsgruppen bei der Entwicklung und Umsetzung erinnerungskultureller Vorhaben potenziell bieten: Die Dimension zivilgesellschaftlicher Mitwirkung reicht dabei von kritischer Intervention bis hin zu direkter Einflussnahme auf einen erinnerungskulturellen Gegenstand im öffentlichen Raum. Das Thema Partizipation im Bereich materieller Erinnerungskultur wird also sehr divers gedacht, ausgelegt und praktiziert. Der Grad an Partizipation in einer Gesellschaft hängt dabei auch davon ab, inwiefern diese auf politischer oder sozialer Ebene erwünscht ist und gelebt wird.

Kulturelle Teilhabe benötigt lebendige Netzwerke und engagierte Akteure, die sich in und für Gemeinschaften und deren Anliegen einsetzen und diskursiv Veränderungen erwirken wollen. Eine Herausforderung besteht darin, nicht in Kontinuitäten, sondern in der Logik des Wandels zu denken. Dafür braucht es Diskussion und Dialog genauso wie Partizipation und Integration diverser gesellschaftlicher Akteure. Nur so kann ein zeitgemässes Verständnis von Geschichte und Erinnerungskultur in demokratischen Gesellschaften entstehen und wachsen.

Welche konkreten Handlungsanleitungen ergeben sich auf Basis der Studie für zivilgesellschaftliche Partizipationsprojekte? Die Autorin und die Autoren formulieren am Ende der Studie zehn Empfehlungen für eine zivilgesellschaftliche Teilhabe, die sich primär an zivilgesellschaftliche Personen richten. Für Fachpersonen und Entscheidungsträgerinnen aus Politik und Verwaltung bieten die Empfehlungen eine Orientierung, wie partizipative Projekte angestossen werden können.

Einleitung

Ausgangslage

Am Abend des 7. Juni 2020 versammelten sich in der englischen Stadt Bristol mehrere Tausend Menschen, um gemeinsam gegen Rassismus zu demonstrieren. Kurz zuvor war in den USA der Afroamerikaner George Floyd durch Polizeigewalt ums Leben gekommen. In Bristol entlud sich die Wut einiger Demonstranten, indem sie eine Ende des 19. Jahrhunderts errichtete Statue des britischen Sklavenhändlers Edward Colston vom Sockel holten und sie im Haf Becken versenkten.¹ Dieser Aktion waren jahrelange Debatten um das Denkmal selbst, aber auch um die unzureichend aufbereitete Kolonial- und Sklavengeschichte Grossbritanniens vorausgegangen. Anstelle des demontierten Denkmals stellten Aktivistinnen einen Monat später und ohne behördliche Bewilligung die vom Künstler Marc Quinn geschaffene Statue einer Demonstrantin der Black-Lives-Matter-Bewegung auf den Sockel. Nur 24 Stunden später liess die Stadtverwaltung das Objekt wieder entfernen. Die Statue Colstons ist seit Juni 2021 im M Shed-Museum, das sich mit der Geschichte des Sklavenhandels auseinandersetzt, ausgestellt. Die Öffentlichkeit wurde eingeladen, Vorschläge für den künftigen Umgang mit dem Exponat einzureichen.² Damit steht dieses einerseits für das gegenwärtige Aufbrechen hegemonialer Erinnerungsdiskurse in vielen Ländern des globalen Nordens. Andererseits demonstriert es Praktiken, mittels derer zivilgesellschaftliche Akteurinnen in demokratischen Gesellschaften an der Neu- und Umgestaltung von etablierter Erinnerungskultur teilhaben.

Diese Debatten werden in vielen Ländern und Regionen geführt, am offensten selbstredend in demokratisch organisierten Gesellschaften, also dort, wo prinzipiell Formen breiter Bürgerbeteiligungen möglich sind. Vor allem die urbanen Räume mit ihrer Vielzahl an Denkmälern und Erinnerungsorten sind Schauplätze solcher Aushandlungsprozesse. Auch in der Schweiz wird seit einiger Zeit die Frage, wer welcher Geschichte wie gedenkt, neu diskutiert. Dabei stehen vor allem materielle Repräsentationsformen von Erinnerungskultur im öffentlichen Raum im Zentrum des Interesses. 2019 liess die Stadt Zürich temporär zwölf Zwingli-Statuen aufstellen,

um im Gedenkjahr Gespräche über den Reformator und sein Vermächtnis anzustossen. Im Zuge des im selben Jahr durchgeführten zweiten landesweiten Frauenstreiks wurden in vielen Schweizer Städten öffentliche Plätze und Denkmäler umgestaltet. Auch immer mehr «Stolpersteine» im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus wurden in den urbanen Gebieten inauguriert. 2021 legte zudem eine Arbeitsgruppe dem Bundesrat das Konzept für ein Schweizer Holocaust-Mahnmal vor. Vereine und Kollektive fordern die Entfernung von Haus- und Strassennamen mit rassistischer Konnotation.

So vielfältig sich die erinnerungskulturellen Debatten der letzten Jahre auch gestalten, so divers sind desgleichen die daran teilnehmenden Akteure und Anspruchsgruppen: zivilgesellschaftliche Personen und Verbände, Vertreterinnen aus Politik und Verwaltung oder Mitarbeitende von Kultur- und Forschungseinrichtungen. Im Zuge der neueren Diskurse um kulturelle Teilhabe steht vor allem die Frage im Zentrum, wie mehr Menschen und insbesondere marginalisierte Gruppen am Entstehungsprozess von Denkmalprojekten partizipieren können respektive welche Veränderungen an bereits bestehenden Objekten vorgenommen werden sollen.

In der Regel ist die Errichtung eines Denkmals das Ergebnis eines Top-down-Prozesses. Staatliche Institutionen und von ihnen eingesetzte Expertinnen tragen die von ihnen in Auftrag gegebenen künstlerischen Umsetzungen in den öffentlichen Raum und schaffen dadurch Deutungshoheiten über kollektive Erinnerungskultur und ihre materiellen Manifestationen.³ Dagegen regt sich immer mehr Widerstand: In den kultur- und gesellschaftspolitischen Debatten demokratisch organisierter Gesellschaften wie der Schweiz gewinnt das Thema Partizipation seit einigen Jahren an Bedeutung aufgrund der wachsenden Diversität von Gemeinschaften mit vielfältigem kulturellem Hintergrund. Einige Mitglieder der Gesellschaft werden hierbei jedoch an den Rand gedrängt – dies als Ergebnis einer Reihe politischer und kultureller Praktiken, welche die Diskurse bezüglich der materiellen Ausgestaltung von Erinnerungskultur regulieren. Daher müssen die Debatten um kulturelle Teilhabe die Zusammenhänge zwischen normativen Kulturbildern und demografischem Wandel genauer aufzeigen.

1 Generische Bezeichnungen werden in dieser Studie im Folgenden ohne feste Regel alternierend verwendet.

2 Am 3. Februar 2022 veröffentlichte die «We Are Bristol History Commission» einen Bericht zur Auswertung der Vorschläge, in dem sie auch sechs Empfehlungen für die Zukunft macht (Stand: Mai 2022). Zum Rapport, zur Geschichte des Denkmals, seines Sturzes und der anschliessenden Ausstellung im Museum vgl. <https://exhibitions.bristolmuseums.org.uk/the-colston-statue>, Stand: 30.05.2022.

3 Vgl. u. a. Menkovic (1998).

Fragestellungen

Die vorliegende Studie möchte einen Beitrag zur Diskussion über zivilgesellschaftliche Teilhabe und Erinnerungskultur leisten, indem sie folgende Fragen zu klären versucht:

- Welche Aktionen und Projekte finden gegenwärtig im Zusammenhang mit der Planung und Entstehung materieller Erinnerungskultur im Allgemeinen und von Denkmälern im Speziellen im öffentlichen Raum statt?
- Mittels welcher diskursiven und performativen Praktiken partizipieren zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Anspruchsgruppen an diesem Prozess?
- Wer sind diese Akteurinnen und Anspruchsgruppen, und welche Partizipationserwartungen haben sie?
- Welche Voraussetzungen sind unabdingbar für eine erfolgreiche Partizipation an erinnerungskulturellen Praktiken in demokratischen Gesellschaften mit besonderem Blick auf die Schweiz?

Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen folgt hierbei einem zweistufigen Verfahren. In einem ersten Schritt wird anhand von 14 Fallbeispielen aufgezeigt, wie zivilgesellschaftliche Partizipation und materielle Erinnerungskultur in verschiedenen regionalen und thematischen Kontexten zusammen gedacht und gestaltet werden können. Diese Auslegeordnung hat exemplarischen Charakter und dient als erster Überblick. Um differenziertere Lösungen zur konkreten Ausgestaltung zivilgesellschaftlicher Teilhabe erarbeiten zu können, werden in einem zweiten Schritt Leitfadeninterviews mit Verantwortlichen von sieben ausgewählten Aktionen und Projekten geführt und gefragt, welche Erwartungen an eine partizipativ gestaltete Erinnerungskultur bestehen und welche behördlichen und politischen Hürden zu überwinden waren beziehungsweise welche Grenzen den eigenen Projekten durch politisch-rechtliche Rahmenbedingungen gesetzt wurden. Zum Schluss werden sämtliche Befunde zusammenfassend analysiert, um Antworten auf die übergeordnete Frage dieser Studie, jene nach Möglichkeiten partizipativer Gestaltung von Erinnerungskultur im öffentlichen Raum der Schweiz, geben zu können.

Materielle Erinnerungskultur und zivilgesellschaftliche Partizipation

Theoretischer Rahmen und Begrifflichkeiten

In der vorliegenden Studie tauchen wiederholt Begriffe auf, deren Bedeutung im Folgenden kurz erläutert werden soll. Ausgehend von den zentralen Termini «Erinnerungskultur(en)» und «Partizipation» beziehungsweise «Teilhabe» orientiert sich deren Auswahl und Reihenfolge an einem theoretisch-konzeptionellen Ansatz nach Astrid Erll. Demnach sind im Begriff «Erinnerungskultur» drei Dimensionen angelegt: eine materiale, eine soziale und eine mentale. Die erste umfasst konkret Medien und Artefakte, durch welche Erinnerungskultur sicht- und erfahrbar wird. Die zweite beschreibt Institutionen und Praktiken, die an der Produktion und Speicherung von erinnerungskulturell relevantem Wissen beteiligt sind. Zur dritten Dimension schliesslich gehören normative Codes, auf denen Vorstellungen, Ideen und Denkmuster beruhen, die massgeblich die individuellen und kollektiven Geschichtsbilder und Erinnerungsmodi prägen.⁴

Erinnerungskultur – materielle Kultur – Denkmäler

Erinnerungskultur

Die Begriffe «Erinnerungskultur» sowie «kollektives Gedächtnis» finden sich in diversen Kontexten und unterliegen vielzähligen Ausdeutungen, die in der Literatur kontrovers diskutiert werden.⁵ Als Minimalkonsens lassen sich folgende Herleitungs- und Definitionsversuche formulieren: Nationen respektive Staaten oder Institutionen besitzen nicht einfach ein historisches Gedächtnis, vielmehr unterliegt ein solches mannigfaltigen Konstruktionsprozessen, in welchen memoriale Zeichen, Texte, Bilder, Praktiken, Orte oder Monumente als zentrale Elemente figurieren. Dieses historische Gedächtnis ist Ausdruck intentionaler Erinnerungsinteressen und beansprucht entsprechend die Deutungshoheit für sich («hegemoniale Erinnerungskultur»)⁶. Welche Geschichte(n) wie erzählt werden und woran erinnert wird, ist daher im Zusammenhang mit bestehenden politischen sowie kulturellen Machtverhältnissen zu denken und entspre-

chend Wandlungsprozessen unterworfen. In dieser Studie dient der Begriff der Erinnerungskultur als Oberbegriff für alle «Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse, seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur»⁷. Erinnerungskulturen sind dynamisch, prozesshaft, plural und immer sozial konstruiert.⁸

Materielle Kultur

«Materielle Kultur» bezeichnet sowohl ein Forschungsfeld als auch «alle in menschlichen Gesellschaften verwendeten oder bedeutungsvollen Dinge»⁹. Dabei steht vor allem deren spezifische Funktion im sozialen Kontext im Mittelpunkt des Interesses. Dies betrifft die Frage nach den kulturellen und symbolischen Bedeutungen einerseits und die Untersuchung von Wechselbeziehungen zwischen Subjekten und Objekten andererseits.

Bezüglich des individuellen und kollektiven Erinnerns fungieren materielle Repräsentationsformen als «Medien des Gedächtnisses»¹⁰, mittels welcher öffentliche Erinnerungskultur dargestellt und vermittelt werden kann. Immer bedeutender wird aber auch das Feld der digitalen Medien, die zunehmend die historischen Narrative einer Gesellschaft beeinflussen und neue Formen historischen Wissens und dessen Vermittlung generieren. Dadurch ändern sich entsprechend auch die Rekonstruktions- und Aneignungsmodi von Geschichte.

Denkmäler

Zur materiellen Erinnerungskultur gehören vielzählige Objekte, darunter auch «Denkmäler». Seit Ende des 20. Jahrhunderts tritt die Bezeichnung «Denkmal» zugunsten von Begriffen wie «kulturelles Erbe», «Kulturerbe» oder «Heritage» zunehmend in den Hintergrund. Ihnen allen ist gemein, dass sie als «Erinnerungsorte» («lieux de mémoire», Pierre Nora 2005) – sowohl im ganz wörtlichen als auch im übertragenen Sinne – fungieren und dabei eine materielle, eine symbolische sowie eine funktionale Bedeutung aufweisen.

4 Erll (2017): S. 99–100.

5 Diese kritischen Diskussionen richten sich vor allem gegen den eher statischen und überhistorischen Begriff des «kulturellen Gedächtnisses»; vgl. u. a. Sandl (2005): S. 89–121; Schlaefli (2022). Für eine Übersicht zu den wichtigsten Theorien und Ansätzen vgl. Erll/Nünning (2018).

6 Erll (2017): S. 32.

7 Cornelissen (2012): S. 2.

8 Erll (2017): S. 31–32.

9 Samida/Eggert/Hahn (2014): S. 4.

10 Erll (2017): S. 99.

Im Unterschied zu privaten Erinnerungsorten sind öffentliche Denkmäler mit behördlicher Zustimmung entstanden und gelten entsprechend als öffentliches Eigentum. Mit Erstarren des Nationalismus stieg im 19. Jahrhundert die Zahl der Denkmäler deutlich an. In der Schweiz lösen seit den 1930er-Jahren vermehrt alternative Denkmalgestaltungen traditionelle Repräsentationsformen ab. Dazu gehören etwa in Gebäude integrierte Kunstwerke oder Skulpturen, welche nicht mehr nur zwangsläufig an spezifische Personen oder historische Ereignisse erinnern.¹¹ Bis heute geht die Initiative zur Schaffung eines Denkmals in der Schweiz mehrheitlich von Vereinen oder Komitees aus und wird auch von diesen finanziert.

Denkmalformen werden in der Regel nach baulichen und thematischen Kriterien unterschieden. Zu erster Kategorie gehören etwa Monumente oder Statuen; zu zweiter beispielsweise Gedenkstätten, Mahnmale sowie National- oder Kulturdenkmäler.¹²

Denkmäler zeichnen sich durch ihre Monumentalität und materielle Langlebigkeit aus. Sie sind permanent im öffentlichen Raum präsent, unmittelbar sicht- und erfahrbar und haben nebst einer retrospektiven auch eine prospektive Funktion. Dies trifft insbesondere auf Nationaldenkmäler, Mahnmale und andere Denkmäler mit dezidiert politischem Sinngehalt zu.¹³ Sie beeinflussen individuelles und kollektives Geschichtsbewusstsein und können identitätsstiftend wirken.

Partizipation – kulturelle Teilhabe – Praktiken – Denkmalaktionen – digitale Technologien

Partizipation

«Partizipation» ist der Oberbegriff für Massnahmen und Initiativen, die eine Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Personen an politischen, sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen ermöglichen. Dabei ist Partizipation stets als kommunikativer Prozess zu begreifen. Das partizipative Engagement kann auch auf persönliche Betroffenheit durch ein Thema zurückzuführen sein. Vermehrt reagieren Behörden und Verwaltungen mit Leitbildern auf Partizipationsanliegen aus der Zivilgesellschaft. Dabei zeigen sich sehr spezifische lokale und regionale Ausprägungen, die entsprechend unterschiedliche Lösungsansätze erfordern.

Kulturelle Teilhabe

«Kulturelle Teilhabe» steht in der Schweiz wie auch in anderen westeuropäischen Ländern seit den 1970er-Jahren in der Kontinuität demokratisierender Prozesse. Ihr gingen bereits etablierte Konzepte politischer, wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe voran.¹⁴ Als Begriff ist «kulturelle Teilhabe» jedoch erst seit Anfang des 21. Jahrhunderts gebräuchlich. Grundlage dafür ist ein ausgedehnter und reflektierter Kulturbegriff, «der in die Praktiken und Diskurse eines westlichen, bürgerlichen und elitären Verständnisses von Kultur interveniert und Kultur als verhandelbare, konflikthafte und reflexive Praxis versteht»¹⁵.

Der «Nationale Kulturdialog» der Schweiz begreift kulturelle Teilhabe als übergeordnetes «kulturpolitisches Ziel». Die Mitgestaltung kulturellen Lebens in einer Gesellschaft und die damit einhergehende Verantwortung sollen nicht mehr «das Privileg einer kleinen Zahl von Menschen»¹⁶ sein, wie es bereits 1975 der «Clottu-Bericht» gefordert hatte, sondern soll möglichst vielen Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft offenstehen. Kulturelle Teilhabe ist aus dem Grunde bedeutsam, weil sie Deutungshoheiten neu verhandeln, herkömmliche Machtverhältnisse aufbrechen und damit zu einer diverseren Gesellschaft beitragen kann. Die Forderung nach kultureller Teilhabe kann entweder direkt von entsprechenden Akteurinnen selbst ausgehen oder dann von Anspruchsgruppen, die sie vertreten. Im engeren Sinne geht es um partizipative Verfahren im Hinblick auf Produktion und Aneignung von Kultur mit einem stark experimentellen und prozesshaften Charakter.

Obwohl Teilhabe als kulturpolitisches Ziel bereits in Leitbildern vieler Gemeinden formuliert ist, fehlen Anleitungen, die nicht nur als reaktiver Korrekturauftrag (beispielsweise hinsichtlich der Abbildung einer diverseren Gesellschaft) wirken, sondern auch konkrete Handlungsoptionen aufzeigen. Ab Seite 31 der vorliegenden Untersuchung werden diesbezüglich «Good Practices» aufgezeigt.

Das dieser Studie zugrunde liegende Verständnis kultureller Teilhabe bezieht sich auf die Inklusion von Bevölkerungsgruppen, die von der normativen Kultur einer Gesellschaft, ihren Diskursen und Repräsentationen weitgehend ausgeschlossen sind oder keinen beziehungsweise kaum Zugang dazu finden. Sie sollen nicht nur in diverser gestaltete Entscheidungsprozesse inkludiert werden,

11 Lapaire (2010).

12 Kreis (2008): S. 134–148.

13 Siebeck (2010): S. 177.

14 An dieser Stelle muss auf eine ausführliche Erläuterung entsprechender Konzepte und Umsetzungen verzichtet werden. Für die Schweiz vgl. u. a. Altörfer (2019): S. 41–51; hier S. 43f.

15 Zobl (2018): S. 10.

16 Nationaler Kulturdialog (2019): S. 14.

sondern darin auch eine aktive Rolle einnehmen und dadurch kulturelle und soziale Selbstwirksamkeit erfahren («primäre Partizipation», die Verf.). Dieses Verständnis ist jedoch idealtypisch, weshalb hier auch Formen von kultureller Teilhabe Berücksichtigung finden, die sich auf das Teilen von Meinungen, Sichtweisen und Interventionen der Zivilgesellschaft beziehen («sekundäre Partizipation», die Verf.).¹⁷

Praktiken

Die Gestaltung und der Umgang mit materieller Erinnerungskultur im öffentlichen Raum basieren auf verschiedenen Kulturtechniken. Diese können als eine Praxisform zur Encodierung und Entschlüsselung komplexer Inhalte beschrieben werden. Mittels unterschiedlicher Methoden werden Informationen konstruiert, erschlossen und weitergegeben.¹⁸ Kulturwissenschaftlerinnen erkennen in den Kulturtechniken ein zusammenhängendes Akteur-Netzwerk in ständiger Entwicklung. In diesem Interaktionsfeld finden nicht nur fundamentale Techniken wie Lesen oder Schreiben ihre Anwendung; auch Riten, Sitten, Konventionen oder Werte gestalten dieses Feld immer wieder neu.¹⁹

Wir vereinfachen in der vorliegenden Studie den komplexen Begriff der Kulturtechnik und verwenden die zugänglicheren Begriffe «Aktionen» beziehungsweise «Praktiken» wie folgt: Mit Aktionen sind punktuelle Ereignisse, aber auch langfristige Vorhaben kultureller Teilhabe gemeint, die mittels diskursiver oder performativer «Praktiken» umgesetzt werden und von zivilgesellschaftlichen Personen ausgehen.

Denkmalaktionen

«Denkmalaktionen» bezeichnen gemäss Georg Kreis diverse Praktiken im Zusammenhang mit der öffentlichen Denkmalnutzung und -umnutzung. Diese können sowohl «ordentlich», also behördlich genehmigt, als auch «wild» erfolgen²⁰ und werden in der Regel von zivilgesellschaftlichen Akteuren gefordert und umgesetzt. Zu diesen Praktiken gehören nebst der Denkmalerfindung auch die Denkmalverschiebung und -zerstörung. Am deutlichsten finden diese ihren Ausdruck nach politischen Regimewechseln, wenn eine (Teil-)Öffentlichkeit Denkmäler im Zuge einer Protestaktion umgestaltet, umdeutet oder umbenennt. Aber auch Jubiläen oder andere Anlässe, die öffentlich an

historische Ereignisse oder Personen erinnern und deren Gehalt kontrovers ist, können Protesthandlungen auslösen. Dies zeigt, dass die Bedeutung und der Sinngehalt eines Denkmals volatil und sozial konstruiert sind.

Digitale Technologien

Die gegenwärtige «Erinnerungskonjunktur»²¹ ist jedoch auch auf die ungebrochene Bedeutung «digitaler Technologien» zurückzuführen. Zum einen generieren Soziale Medien neue Formen des Erinnerns. So diffundieren ehemals «private» Erinnerungen mehr und mehr in den öffentlichen Raum, was sich etwa am Beispiel queerer Erinnerungskulturen zeigen lässt. Zum anderen werden physische Erinnerungsorte mitunter virtuell erweitert (zum Beispiel mithilfe von Augmented Reality), insbesondere auch dann, wenn ein spezifisch geschichtsdidaktisches Vermittlungskonzept dahintersteht.²² Zudem werden viele partizipative Projekte im Bereich (materieller) Erinnerungskultur mittels digitaler Unterstützung durchgeführt, etwa anlässlich von Abstimmungsverfahren oder Ideenwettbewerben. Inzwischen ist die Um- oder Neugestaltung materieller Erinnerungskultur ohne den Einbezug digitaler Technologien kaum noch denkbar.

17 In der vorliegenden Studie werden «Partizipation» und (kulturelle) «Teilhabe» synonym alternierend verwendet.

18 Doelker (2016): S. 2–3.

19 Siegert (2011): S. 117.

20 Kreis (2008): S. 394.

21 Erll (2017): S. 3.

22 Ein aktuelles Beispiel dafür ist das geplante Mahnmahl für die Opfer des rechten Terrornetzwerks NSU in Köln, vgl. <https://mahnmal-keupstrasse.de/>, Stand: 21.3.2022.

Voraussetzungen für zivilgesellschaftliche Teilhabe in demokratisch organisierten Gesellschaften

Symbolische und materielle Erinnerungskulturen fungieren als normative und identitätsbildende Referenzpunkte von Gesellschaften und wirken auf deren politisch-kulturelles Selbstverständnis in der Gegenwart zurück. Sie sind hierbei als Manifestationen des kollektiven Gedächtnisses zu verstehen. In Demokratien sind Erinnerungskulturen variabel, streitbar, und die darin zum Ausdruck kommenden Werthaltungen werden entsprechend immer wieder neu verhandelt. Eine demokratische Erinnerungskultur muss dieser Tatsache unter anderem durch einen freiheitlichen und auf Meinungsvielfalt beruhenden öffentlichen Diskurs gerecht werden. Die kritische Hinterfragung traditioneller Normvorstellungen und Werthaltungen, aber insbesondere auch belasteter historischer Ereignisse fördert eine produktive Auseinandersetzung und kann sich für die Geschichte(n) jener Mitglieder öffnen, die bis anhin nicht Teil der Mehrheitsgesellschaft waren. Entsprechend sind auch die sicht- und erfahrbaren Manifestationen historischen Gedenkens im öffentlichen Raum, zu denen Denkmäler und andere Erinnerungsorte zählen, eine wichtige Ressource demokratischer Legitimität.²³

«Kulturelle Teilhabe» ist ein Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften und ein wesentlicher Garant für den sozialen Frieden und die Chancengerechtigkeit. Entsprechende Forderungen nach Partizipation bestehen seit vielen Jahrzehnten und finden ihren Niederschlag auch in nationalen Gesetzgebungen oder internationalen Konventionen. In jüngerer Vergangenheit erhielt das Thema besondere Aufmerksamkeit im Rahmen des von der Europäischen Kommission lancierten Kulturerbejahres 2018, welches unter dem Motto «Sharing Heritage» stand.²⁴ In diesem Zusammenhang ist eine Studie zu Partizipation und Kulturerbe erschienen, die sich sowohl an staatliche als auch an zivilgesellschaftliche Akteurinnen richtet.²⁵ Im Kern geht es dabei um die Feststellung, dass das Kulturerbe sowohl gemeinsames Gut als auch geteilte Ressource moderner Demokratien ist. Entsprechend obliegen die Entwicklung und der Erhalt von (materiellem) Kulturerbe nicht nur einer ausgewählten Gruppe staatlicher Repräsentanten, sondern auch breiten Bevölkerungsteilen, die sowohl Experten als auch private Personen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen miteinschließt. Ein

solcher Bottom-up-Prozesses wird nicht nur der Forderung nach kulturpolitischer Inklusion und sozialem Zusammenhalt besser gerecht, sondern kann sich durchaus auch positiv auf andere Bereiche demokratischer Gesellschaften auswirken wie etwa Bildung, Forschung und Innovation.²⁶ Die Möglichkeit kultureller Partizipation ist nicht einfach gegeben, sondern basiert auf politisch-juristischen Voraussetzungen und einer starken Zivilgesellschaft, die auch unabhängig von staatlichen Institutionen agieren kann.

Kulturelle und erinnerungskulturelle Teilhabe beeinflusst aber auch das politische Selbstverständnis von Menschen. Wer sich aktiv und selbstwirksam einbringt, wird sich nicht nur der in Gesellschaften vorherrschenden Werthaltungen, sondern auch der eigenen kulturellen Prägung stärker bewusst und ist daher eher in der Lage, eine eigene (kultur-)politische Stimme zu entwickeln. Wo historische Bildung und Lernprozesse greifen, kann auch differenzierter politische Gegenwart reflektiert werden. Entscheidend ist, dass der Begriff der kulturellen Teilhabe sich auf Meinungsbildungs-, Entscheidungs-, aber auch auf Gestaltungsprozesse bezieht und nicht einfach die Rezeption von Kulturgut meint. Dafür müssen jedoch bestimmte Voraussetzungen gegeben sein, die sich anhand der Funktionsweise und der Organisation des politischen Systems der Schweiz sehr gut aufzeigen lassen.

Föderalismus, halbdirekte und partizipative Demokratie

Die Schweiz ist ein föderalistischer Staat, in dem die staatlichen Kompetenzen auf Bund, Kantone und Gemeinden verteilt sind. Im engeren Sinne ist die Schweiz eine halbdirekte Demokratie, die Elemente repräsentativer und direkter Demokratieformen kombiniert. In diesem System verfügt das Volk über politische Rechte, mit denen es vom Parlament verabschiedete Gesetze ablehnen kann, sofern eine gewisse Anzahl von Bürgern dies verlangt. Es kann aber auch Verfassungsänderungen annehmen respektive ablehnen oder selbst Verfassungsänderungen vorschlagen. Diese Rechte fördern eine politische Kultur, die stark auf Dialog und Deliberation setzt. Insofern ist dem politischen System der Schweiz Partizipation zumindest in Ansätzen inhärent.

Der Bund ist dazu verpflichtet, der Bevölkerung die Ausübung der ihr zugesicherten Grundrechte zu ermöglichen. Für den Bereich Kultur sind hauptsächlich die Kantone zuständig. Unter Berücksichtigung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt des Landes kann sich der Bund an Teilhabeprojekten beteiligen. Nicht immer gelingt es den

23 Theoretische Überlegungen und Fallbeispiele zum Thema vgl. u. a. Schmid (2009).

24 European Year of Cultural Heritage (EYCH 2018), <https://culture.ec.europa.eu/cultural-heritage>, Stand: 30.05.2022.

25 European Union (2018).

26 European Union (2018): S. 11-12.

Projektinitiantinnen, eine Bewilligung für die notwendigen Fördermassnahmen bei den zuständigen Ämtern einzuholen. Sowohl Aktionsgruppen aus der Schweiz als auch international organisierte Interessenvertreter müssen immer auch mit der Ablehnung ihres Konzeptvorschlags rechnen. Oftmals scheitern Projekte daran, dass die zuständigen Ämter die Bereitstellung der finanziellen Mittel aufgrund der Priorisierung anderweitiger Vorhaben ablehnen, es können aber auch effektiv finanzielle Engpässe bestehen. Aufgrund eines Amtswechsels in Parlament oder Verwaltungsrat ergeben sich zuweilen Änderungen bezüglich des Zuständigkeitsbereichs für ein Projekt. Dies kann zu Konzeptanpassungen und Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den verantwortlichen Dienststellen führen, wodurch ein Projektvorhaben längerfristig auf Eis gelegt oder gar komplett eingestellt werden muss.

Wenn sich bei einer Petition oder im Verlaufe eines Projektvorhabens eine Gegeninitiative formiert, muss sich die Führungsebene der Dienststellen als Vermittlerin zwischen den Interessengruppen einbringen, um mögliche Kompromissvorschläge vorzulegen. Verschärft sich der politische Druck auf die Behörden, kann dies nicht nur zu Anpassungen bei der ursprünglichen Aktionsabsicht, sondern gar zur Vereitelung des Projekts führen. Auch an baurechtlichen Vorschriften oder an Vorgaben vonseiten des Amtes für Denkmalpflege können erinnerungskulturelle Aktionen im öffentlichen Raum scheitern.

Teilhabe im Schweizer Kulturförderungsgesetz

In der Schweiz ist das Thema «kulturelle Teilhabe» Bestandteil der Kulturbotschaft 2021–24 und bildet eine der drei strategischen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes.²⁷ Dafür hat das Parlament 2009 einen neuen Förderartikel in das Kulturförderungsgesetz aufgenommen.²⁸ Darüber hinaus hat das Thema der kulturellen Teilhabe auch Eingang in die Kulturleitbilder vieler Kantone, Gemeinden und lokaler Kulturinstitutionen gefunden. Zwecks erleichternder Bedingungen insbesondere auch für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen, so der Tenor, sei die enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Staatsebenen und Politikbereichen unabdingbar.²⁹ Aus dem übergeordneten Strategieziel heraus hat der Nationale Kulturdialog im September 2021 einen Leitfaden

zur Förderung kultureller Teilhabe herausgebracht.³⁰ Dieser richtet sich insbesondere an private und staatliche Förderstellen, welche die Teilhabeorientierung von Kulturinstitutionen und -projekten unterstützen möchten.

Kritik am Konzept der kulturellen Teilhabe und spezifische Forderungen

Es wurden jedoch von öffentlicher Seite auch Bedenken und Einwände gegenüber zivilgesellschaftlicher Teilhabe formuliert. Befürchtet wird beispielsweise, dass Partizipation zu Qualitätseinbussen bezüglich der künstlerischen Ausgestaltung oder zu Konkurrenzsituationen im Hinblick auf Fördergelder führe.³¹ Dabei wird Laien die nötige Kompetenz abgesprochen, einen innovativen Beitrag leisten zu können. Moniert wird ausserdem, dass die Möglichkeit zu kultureller Teilhabe nach wie vor abhängig sei von sozialer Herkunft und Bildung, was erneut den Ausschluss bestimmter Personen und Personengruppen zur Folge habe.

Mit Forderungen nach kulturellen Teilhabechancen in demokratischen Gesellschaften sollen zum einen Kulturinstitutionen motiviert werden, kritisch ihre eigenen Ausschlussmechanismen, Privilegien und hierarchischen Strukturen zu reflektieren, gleichermaßen aber auch Bildungs- und Kulturarbeit zu fördern mit einem möglichst gleichwertigen Austausch mit Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen. Zum anderen geht der Auftrag an die Kulturpolitik, das kulturelle Leben für alle Gesellschaftsschichten durchlässiger zu gestalten und Teilhabegerechtigkeit entsprechend differenziert umzusetzen.

27 Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019, <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/themen/kulturbotschaft/dokumente.html>, Stand: 20.10.2021.

28 Bundesgesetz über die Kulturförderung vom 11. Dezember 2009 (SR 442.1), Art. 9a.

29 Kulturbotschaft (2019): S. 38.

30 Nationaler Kulturdialog (2021).

31 Altorfer (2019): S. 42.

Beispiele für Partizipationsprojekte

Die aktuellen Diskussionen über Erinnerungskultur(en) und zivilgesellschaftliche Teilhabe fokussieren vor allem auf die Erarbeitung antihegemonialer «Counter-Memories»³², insbesondere bezüglich postkolonialer, migrantischer, feministischer oder queerer Perspektiven des Erinnerns. Zudem verstärkt sich gegenwärtig die Öffnung nationaler Erinnerungslandschaften gegenüber solchen, die zwar einen regionalen Bezug haben, aber dennoch transnational ausgerichtet sind. Das heisst, die Kritik an einer vorherrschenden Erinnerungskultur hat häufig einen regionalen Bezug (Kolonialherr); das dahinterstehende Problem ist aber ein globales (Kolonialismus, Rassismus).

Das folgende Kapitel stellt Beispiele für zivilgesellschaftliche Neu- und Umgestaltungsprozesse etablierter Erinnerungskultur vor, von welchen im Rahmen der vorliegenden Studie Impulse zu möglichen Handlungsempfehlungen ausgehen. Zunächst werden exemplarisch Aktionen und Projekte vorgestellt, welche im schweizerischen oder internationalen Kontext Partizipation fordern respektive fördern oder dies in der Vergangenheit getan haben. Anschliessend werden die Befunde mit besonderem Blick auf folgende Fragen reflektiert:

- Welche Akteure, Anspruchsgruppen und Netzwerke sind in das jeweilige Projekt involviert?
- Wie gestaltet sich der Partizipationsprozess? Welche Praktiken kommen dabei zur Anwendung?
- Welche Rolle spielen hierbei der Raum und andere kontextuelle Faktoren?

Eine abschliessende Auswertung der Beispiele sieht vor, «Good Practice»-Ansätze zu formulieren, die auch für den Diskurs in der Schweiz Orientierung bieten.

Nationale und internationale Aktionen

Der nachfolgende Untersuchungsteil basiert auf Literatur- und Internetrecherchen. Erläutert werden 14 nationale und internationale Projekte, die mittels diskursiver und performativer Praktiken normativ gestaltete Repräsentationsformen und herkömmliche Deutungen öffentlicher Erinnerungskultur zu transformieren suchen.³³ Alle vorgestellten Fallbeispiele wurden von zivilgesellschaftli-

chen Akteurinnen initiiert, welche sich in regionalen, nationalen oder internationalen Kontexten für die kulturelle Teilhabe von marginalisierten Personen und Gruppen aufgrund ihrer Ethnizität, ihrer sozialen Herkunft oder ihres Geschlechts einsetzen. Die Untersuchung rückt einerseits zivilgesellschaftliche Aktionen und Projekte «von unten» (bottom-up) ins Blickfeld, andererseits finden auch Projekte Berücksichtigung, in denen Anspruchsgruppen Partizipationsanliegen marginalisierter Gruppen top-down aufgreifen. Letztere sind öffentlich sichtbarer und deshalb unter den Fallbeispielen häufiger vertreten.

Die meisten Projekte nutzen für Vernetzung, Kommunikation und Vermittlung digitale Technologien. Bis auf eine Ausnahme handelt es sich um Aktionen aus der jüngsten Vergangenheit oder Gegenwart; manche von ihnen befinden sich erst in der Anfangsphase, andere im Ausarbeitungsprozess, wieder andere sind bereits abgeschlossen. Sieben Fallbeispiele stammen aus der Schweiz, drei aus Deutschland und zwei aus den USA. Zwei weitere sind als transnationale Projekte angelegt. Mit dem Ziel, Aktionen möglichst verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Anspruchsgruppen zu berücksichtigen, sollen die aufgeführten Beispiele exemplarisch als Orientierung für eine gegenwärtige partizipative Erinnerungskultur dienen. Die Typologisierung folgt den jeweiligen Denkmalaktionen beziehungsweise -praktiken.

³² Kreis (2010): S. 331.

³³ Ausgehend von der Fragestellung und dem Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie wurden nur Fallbeispiele aus Ländern des Globalen Nordens berücksichtigt.

Errichtung eines neuen Denkmals

(1) Denkmal 2051 des Berner Generationenhauses 17
(2) Stolpersteine in der Schweiz..... 18
(3) Swiss Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus 19
(4) Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989..... 20
(5) Freiheits- und Einheitsdenkmal 21
(6) Portland's Monuments & Memorials Project 22
(7) ReMapping Memories – Mahnmal zu Ehren versklavter Menschen 23

Denkmalumgestaltung

(8) Collectif pour la Mémoire – Umgestaltung des David-de-Pury-Denkmal 24
(9) Reisende Denkmäler («Transit 1999»)..... 25
(10) Umgestaltung des Welttelegrafendenkmals 26
(11) Vo da. 27

Digitales Denkmal/Archiv

(12) Erdinger Geschichte 28
(13) Public Iconographies 29
(14) #everynamecounts – Digital Archives 30

(1) Denkmal 2051 des Berner Generationenhauses

Bern, Schweiz
2021

«Was wollen wir zukünftigen Generationen hinterlassen?» – Mit dieser Frage wollte das Berner Generationenhaus die Bürger zum Nachdenken anregen. Dieses Haus ist Ort der Zusammenkunft und des gesellschaftlichen Dialogs, das gemeinsam mit zwölf weiteren Institutionen allen Generationen in beratender Funktion zur Seite steht, sich für Bildungsthemen engagiert und unterstützende Gespräche zu Lebensfragen anbietet.

Seit der Eröffnung des Begegnungsortes im Jahr 2014 stehen Räumlichkeiten für Versammlungen, Tagungen sowie Veranstaltungen zur Verfügung. Bis Ende des Jahres 2021 konnten alle Interessierten mittels Onlinevoting ihren eigenen Denkmalentwurf einsenden und damit einen erinnerungskulturellen Beitrag für zukünftige Generationen leisten. Inzwischen hat ein Komitee zwei Vorschläge ausgezeichnet, deren Realisierbarkeit nun geprüft wird. Einer davon soll im Innenhof des Berner Generationenhauses für die nächsten 30 Jahre seinen Platz finden. Für die Gewinner der drei besten Entwürfe wurde ein Preisgeld in Höhe von jeweils 1000 Franken ausgeschrieben. In Zusammenarbeit mit der Burgergemeinde Bern sollte damit bewusst ein materielles Erbe für einen offenstehenden

Raum geschaffen werden. Das Projekt wurde mit einer multimedialen Führung in einer begehbaren überdimensionalen Kugel eröffnet. Beim interaktiven Rundgang wurde den Besuchern die Gelegenheit geboten, sich auf eine gedankliche Reise zu begeben, welche beim Urknall beginnt und in einem persönlich imaginierten Jahr 2051 endet.

Themen wie Generationengerechtigkeit oder eine sichere Zukunft für unsere Nachkommen sollten den öffentlichen Meinungs-austausch fördern. Dabei durften die Anwesenden Wünsche und Versprechen für die nachfolgenden Generationen äussern. Mithilfe einer Roboterhand wurden diese Gedanken schliesslich auf Papier notiert. Am 1. Juni 2022 wurde das Schriftstück versiegelt und im Innenhof des Generationenhauses platziert – dort, wo sich auch das «Denkmal für zukünftige Generationen» befinden soll. Es liegt einzig in der Verantwortung und im Interesse der folgenden Generationen, dieses Projekt aufrechtzuerhalten, sodass nach 30 Jahren das Schriftgut ausgegraben und in einer öffentlichen Feier im Jahre 2051 ausgestellt werden kann. Um an die Bedürfnisse und Rechte nachkommender Generationen zu erinnern, entschloss sich der Vorstand, ab dem 1. Juni 2023 den alljährlichen «Gedenktag für zukünftige Generationen» einzuführen. Der Appell zur Mitgestaltung dieses Projekts richtete sich offenkundig nicht nur an die umliegenden Gemeinden, sondern an alle Bewohner der Schweiz jeden Alters.



Abb. 1: «Denkmal 2051» im Innenhof des Berner Generationenhauses: Der virtuelle Rundgang beginnt beim Urknall und endet im Jahr 2051.



Abb. 2: Ein Roboterarm hält die Wünsche der Besucherinnen auf Papier fest.

(2) Stolpersteine in der Schweiz

Schweiz
seit 2013

1992 rief der deutsche Künstler Gunter Demnig das Projekt «Stolpersteine» ins Leben, welches als eines der grössten dezentralen Mahnmale der Welt gilt. Bei den einzelnen Stolpersteinen handelt es sich um kleine, in den Boden eingelassene Gedenktafeln, welche namentlich an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern. Bis heute sind über 85 000 Stolpersteine in rund 27 europäischen Ländern verlegt worden. In den meisten Fällen wurden diese in Gehwege in der unmittelbaren Nähe des letzten freiwillig gewählten Wohnorts der Opfer, eingesetzt.

2013 erhielten Kreuzlingen und Tägerwilten die ersten beiden Stolpersteine auf Schweizer Boden. Für die Förderung weiterer solcher Gedenktafeln setzt sich zurzeit der ehrenamtliche Verein «Stolpersteine Schweiz» ein. Seit 2020 lanciert oder gestaltet er in Zusammenarbeit mit dem Ehepaar Demnig entsprechende Projekte und begleitet die Initiativen weiterer Arbeitsgruppen, um Erinnerungsarbeit im Zusammenhang mit diesem düsteren Kapitel der Schweizer Geschichte zu leisten. In den Fokus rücken dabei Personen, welche zumindest einen Teil ihres Lebens in der Schweiz verbracht und von den Schweizer Behörden nicht den nötigen Schutz erhalten hatten. Im Zusammenhang mit dem Stolperstein-Projekt will der Verein das Bewusstsein für die Kooperationsbereitschaft der Schweiz mit dem nationalsozialistischen Regime

schärfen und die Haltung der Schweizer Staatspolitik hinterfragen. Der Verein erhielt für sein Vorhaben besonders aus dem linken politischen Lager Zuspruch und Unterstützung. In der Stadt Zürich konnten dank konstruktiver Zusammenarbeit mit den Behörden mehrere zeremoniell begleitete Steinverlegungen realisiert werden. Ein begleitetes Stolperstein-Projekt in Basel wurde im Winter 2021 unter ähnlichen Bedingungen ins Leben gerufen.

Solche Steinverlegungen ermöglichen eine niederschwellige Vermittlung und mediale Bekanntmachung von Opferschicksalen. Sie sollen die Zivilgesellschaft dazu ermutigen, vorhandene Informationen über einzelne Opfer mit dem Verein zu teilen und sich so aktiv an der Erinnerungsarbeit zu beteiligen. Auf der Webseite besteht die Option, Vorschläge für weitere Gedenktafeln einzureichen, welche in der Folge geprüft und nach Möglichkeit realisiert werden. Noch ist es so, dass nicht allen Opfergruppen gleichermaßen gedacht werden kann. Ausschlaggebend ist die Voraussetzung einer soliden Informationsgrundlage für die individuelle Erinnerung an Einzelschicksale. Der Verein ist trotz der schwierigen Ausgangslage zurzeit mit Nachdruck darum bemüht, auch personalisierten Opfergeschichten aus der Gemeinschaft der Sinti und Roma ein Stolperstein-Denkmal zu setzen.



Abb. 3: Die «Stolpersteine» an der Stampfenbachstrasse 75 in Zürich erinnern an das Schicksal der Familie Rothschild.

(3) Swiss Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus

Bern, Schweiz
2021

Im Mai 2021 wurde dem Schweizer Bundesrat eine Petition für die Lancierung eines Schweizer Memorials für die Opfer des Nationalsozialismus vorgelegt. Hunderte Menschen, die in Verbindung mit der Schweiz gestanden hatten, verloren unter dem nationalsozialistischen Regime zwischen 1933 und 1945 ihr Leben. Über die Not und das Leid dieser Personen ist in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch nur wenig bekannt. Erst in jüngster Zeit brachten historische Forschungen neue Erkenntnisse ans Licht.

Dieser Umstand veranlasste die Arbeitsgruppe dazu, den Opfern und all jenen, die während der nationalsozialistischen Diktatur Widerstand geleistet hatten, einen Gedenkort zu widmen. Eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen der Auslandschweizer-Organisation, des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds, der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft Schweiz, des Zentrums für Jüdische Studien der Universität Basel, einer Denkmal-Expertin sowie geschichtswissenschaftlichen Beratern (Archiv für Zeitgeschichte an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich) hat sich zum Ziel gesetzt, in der Stadt Bern einen solchen Ort des Erinnerns zu schaffen. Landesweit existieren diverse private Gedenkstätten. Nun geht es darum, erstmals ein zentrales öffentliches Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus zu errichten. Ein Kunst- und Architekturwettbewerb soll über dessen

konkrete Ausgestaltung entscheiden. Das Projekt erhielt viel politischen Zuspruch von zahlreichen Mitgliedern des Nationalrats. Die Initiative für das Memorial war ursprünglich von der Auslandschweizer-Organisation ausgegangen. Schliesslich wurde das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) damit beauftragt, sich um die weiteren Konzeptbeschlüsse zu kümmern. Es ist gut möglich, dass auch andere Departemente für die konkrete Ausgestaltung des Projekts hinzugezogen werden und im späteren Verlauf die departementale Zuständigkeit angepasst wird.

Gregor Spuhler ist Historiker am Archiv für Zeitgeschichte in Zürich und als wissenschaftlicher Berater innerhalb der Steuerungsgruppe tätig. Er stellt fest, dass die Erinnerungsarbeit zum Holocaust in der Schweiz stark als aussenpolitische Angelegenheit wahrgenommen wird. Im EDA gab es bis vor Kurzem einen sogenannten Historischen Dienst, der sich unter anderem mit Fragen zu Opfern des nationalsozialistischen Regimes beschäftigte. Bedeutsam für die Erinnerungsarbeit ist auch die Mitgliedschaft in der International Holocaust Remembrance Alliance.

Historische Dauer- und Wechsellausstellungen, Tagungen und Vorträge zu Themen wie Ausgrenzung und Diskriminierung sind geplant, um Raum für öffentliche Debatten zu schaffen. Daneben wird in Form einer digitalen Plattform mithilfe multimedialer Informations- und Bildungsangebote ein virtueller Raum mit diversen Themenschwerpunkten in Bezug auf die Schweiz und die Zeit des Nationalsozialismus eingerichtet. Für künftige wissenschaftliche Untersuchungen wird auf der Website eine Datenbank installiert.



Abb. 4: Vertreter der Petition für ein Schweizer Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus im Mai 2021 auf dem Bundesplatz mit Fotos von Opfern des NS-Regimes.

(4) Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989

Potsdam, Deutschland
2021

Im Spätherbst 1989 hatten sich im Rahmen der «Friedlichen Revolution» in vielen Städten der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) die Proteste gegen das autoritäre Regime der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gemehrt. Auch in Potsdam versammelten sich viele Menschen an zentralen Orten, um für Meinungs-, Reise- und Pressefreiheit zu demonstrieren. Am 4. November 1989 fand auf dem Platz der Nationen (heute Luisenplatz) der bis dato grösste Massenprotest in der Geschichte Potsdams statt. Nur fünf Tage später fiel die Berliner Mauer – das Ende der DDR war besiegelt.

Nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 standen die Kommunen und Länder der ehemaligen DDR vor grossen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Massenarbeitslosigkeit und -abwanderung prägen die ostdeutsche Region bis heute nachhaltig. Trotz des Engagements von Einzelpersonen und der Lancierung verschiedener Initiativen blieb die Frage, wie und in welcher Form den friedlichen Protesten der DDR-Bürgerinnen 1989 im öffentlichen Raum gedacht werden sollte, lange Zeit ungeklärt. Es fehlten schlichtweg die Ressourcen, und eine selbstbewusste ostdeutsche Erinnerungskultur war erst in Ansätzen greifbar. 2013 zeigte die Potsdamer Gedenkstätte Lindenstrasse eine Ausstellung, deren Bilder von den Massenprotesten des Jahres 1989 im kollektiven Gedächtnis der Stadt nur noch wenig präsent waren. Dies motivierte zwei Mitarbeiterinnen der Gedenkstätte, der Stadt Potsdam die Idee für ein zentrales Denkmal vorzulegen. Es dauerte jedoch noch weitere sechs Jahre, bis

sich der Finanz- und Kulturausschuss der Stadt sowie die Stadtverordnetenversammlung für eine Förderung aussprachen. Schliesslich wurden Zeitzeuginnen und weitere zivilgesellschaftliche Vertreter eingeladen, an der Konzeption und Evaluation eines Gestaltungswettbewerbes teilzunehmen, der 2019 ausgelobt wurde. 2020 gewann der Entwurf des ostdeutschen Künstlers Mikos Meininger, der in zweiter Instanz von einer Jury interessierter Bürgerinnen abgesegnet wurde. Am 4. November 2021 konnte das Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989 eingeweiht werden.

Zivilgesellschaftliche Akteure waren jedoch nicht nur an der Entwicklung des Projekts von der Idee bis hin zur Umsetzung beteiligt, sondern wurden auch bezüglich der Denkmalgestaltung miteinbezogen. Das Herzstück des Denkmals bildet der in Stahl eingelassene Schriftzug «4.11.1989» auf dem Luisenplatz, auf dem über Hundert Fussabdrücke von Zeitzeuginnen, die an den Herbstprotesten teilgenommen hatten, eingelassen sind. Die namentliche Zuordnung der Fussabdrücke sowie Zeitzeugenberichte finden sich auf der Website zum Denkmal. Auf den Stahlplatten wurden zudem Parolen von damaligen Protestierenden eingraviert. Damit soll das Denkmal als Erinnerungsort einen Beitrag zur aktiven Auseinandersetzung mit der Friedlichen Revolution 1989 und den dadurch erkämpften demokratischen Grundwerten der Gegenwart leisten. Zudem trägt es zur Stärkung einer dezidiert ostdeutschen Erinnerungskultur bei, die im hegemonialen Diskurs der Bundesrepublik häufig marginalisiert wird. Die Initiantinnen laden zudem fortlaufend Zeitzeugen dazu ein, ihre persönlichen Geschichten mit der Öffentlichkeit zu teilen und auf der Website des Projektes zu publizieren.



Abb. 5: Visualisierung des Denkmals für die Potsdamer Demokratiebewegung auf dem Luisenplatz.

(5) Freiheits- und Einheitsdenkmal

Leipzig, Deutschland
seit 2017

Die von ostdeutschen Bürgerinnen initiierte «Friedliche Revolution» 1989 hatte zur Überwindung der Spaltung Europas beigetragen und schliesslich den Weg für die deutsche Wiedervereinigung geebnet. Als wichtiger Schritt dorthin gelten die Montagsdemonstrationen, welche von Leipzig ausgehend alsbald in vielen Städten der ehemaligen DDR stattfanden. Bis heute existiert in Deutschland kein nationaler Erinnerungsort, welcher der Friedlichen Revolution und deren Bedeutung für die deutsche Demokratie der Gegenwart gedenkt.

Ende 2008 erhielt die Stadt Leipzig schliesslich von der deutschen Bundesregierung den Auftrag, Ideen für ein entsprechendes Denkmal zu entwickeln. Nachdem erste Anläufe zunächst gescheitert waren, begann 2017 die gemeinnützige Stiftung «Friedliche Revolution» mit der Erarbeitung eines entsprechenden Vorschlags. Mitglieder der Stiftung sind ausschliesslich zivilgesellschaftliche

Personen; einige von ihnen waren selbst an den Montagsdemonstrationen von 1989 beteiligt. Die Stiftung hat es sich zum erklärten Ziel gemacht, den Prozess hin zu einem Freiheits- und Einheitsdenkmal transparent zu gestalten. Dafür entwickelten die Stiftungsmitglieder ein mehrstufiges Verfahrenskonzept, welches im Dialog mit Zeitzeugen und Bürgerinnen der Stadt Leipzig über dessen Standort sowie über geeignete Wettbewerbsverfahren debattiert. In einem zweiten Schritt werden bei der Wahl des Denkmalstandorts 40 zufällig ausgewählte, statistisch repräsentative Leipzigerinnen die Bevölkerung als Bürgerrat vertreten. In öffentlichen Diskussionsrunden sowie über die Projekt-Website sollen sich die Bürgerinnen direkt zu allen geplanten Schritten und den erzielten Ergebnissen äussern.



Abb. 6: Bürgerbeteiligung im Denkmalprozess: Modell eines mehrstufigen Partizipationsverfahrens für das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig.

(6) Portland's Monuments & Memorials Project

Portland, USA
seit 2020

2020 sorgten Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt in der US-amerikanischen Grossstadt Portland (Bundesstaat Oregon) für internationales Aufsehen. Im Zuge der Demonstrationen wurden mehrere Statuen vom Sockel gerissen, unter anderem diejenigen der ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten George Washington, Thomas Jefferson, Theodore Roosevelt und Abraham Lincoln sowie diejenige des Pioniers Harvey Scott. Sie waren an der Unterdrückung, Versklavung und Ermordung der indigenen und afroamerikanischen Bevölkerung beteiligt gewesen. Im Falle der Abraham-Lincoln-Statue wurde der übrig gebliebene Sockel mit dem Schriftzug «Dakota 38» besprüht, um auf die durch das ehemalige Staatsoberhaupt genehmigte Hinrichtung von 38 Indigenen im Dakota-Krieg von 1862 hinzuweisen.

Die aggressive Dynamik, die sich durch diese Denkmalsstürze entfaltet hatte, versucht das «Portland's Monuments & Memorials Project» seither mittels neuer Formen des Dialogs zu kanalisieren. Von der Kunstorganisation «Converge 45» ins Leben gerufen, wird das Projekt von der unabhängigen Non-Profit-Organisation «Regional Arts & Culture Council» (RACC) geleitet. In einer ersten Phase erfolgte der offene Aufruf, vorhandene Denkmäler kritisch zu hinterfragen und eigene Neu- respektive Umgestaltungsideen zu teilen. Die beiden Fragen lauteten: «Was ist ein repräsentatives Denkmal oder Mahnmal für diese Zeit und diesen Ort?» und «Welche Denkmäler und Mahnmale würden Sie sich in Ihrer Nachbarschaft wünschen?» Auf Social-Media-Kanälen wurde versucht, möglichst viele lokale zivilgesellschaftliche Gruppen zur Teilnahme an der Umfrage zu bewegen. Ideen für die Veränderung der Denkmallandschaft von Portland kamen von Aktivist*innenverbänden, Gemeinden, Nachbarschaften, Vertretern indigener Stämme sowie weiteren Bevölkerungsgruppen und bezogen sich beispielsweise auf historische Momente aus den Zeiten des Siedlerkolonialismus und der Sklaverei, rückten die Arbeiterbewegung in den Fokus oder wollten auf eine Veränderung des Stadtbildes hinarbeiten.

Nach acht Monaten wurden die gesammelten Vorschläge zusammen mit eingereichten Werkskizzen lokaler und nationaler Künstler in die kuratierte Kunstaussstellung «Prototypes» integriert. Diese fand zwischen August und Oktober 2021 statt und verstand sich als «materielles Gefäss» für den projektbezogenen Dialog. Die Ausstellung fokussierte hierbei auf Kunstobjekte, die als Reaktion auf die gestürzten Denkmäler und deren Repräsentationsformen

rassistischer und sozialer Ungerechtigkeit geschaffen worden sind. Hinsichtlich der schriftlichen Gestaltungsideen wurde für die Ausstellung eine Auswahl getroffen, welche die Vielfalt der Themenvorschläge widerspiegelte. Währenddessen gewährte eine frei zugängliche Onlinegalerie, die während der Dauer der Ausstellung aufgerufen werden konnte, Einsicht in sämtliche Einsendungen. Vorträge und Diskussionsrunden online oder vor Ort bildeten für die «Prototypes» ein Rahmenprogramm.

Mit einer Publikation wird das «Portland's Monuments & Memorials Project» seine erste Phase des Dialogaufbaus beenden. Damit wird ein Projektverlauf dokumentiert, der die Bevölkerung dazu aufgefordert hat, Impulse für eine gesellschaftspolitisch relevante Kunst zu liefern, entsprechend erinnerungskulturelle Arbeit zu leisten und produktiv den hegemonialen Erinnerungsdiskursen entgegenzuwirken. Je mehr es dem Projekt in Zukunft gelingen wird, den Forderungen aus der Bevölkerung einen Resonanzraum zu geben, desto grösser wird die Reichweite über die regionale Kunstwelt hinaus sein.



Abb. 7: Studie der Bronzebüste «York» von Todd McGrain in der Ausstellung «Prototypes» der Kunstorganisation «Converge 45». Der Künstler platzierte die Büste von anonym im Mount Tabor Park in Portland als Ersatz einer zuvor gestürzten Statue. York war der einzige Afroamerikaner auf der Lewis-und-Clark-Expedition.

(7) ReMapping Memories – Mahnmal zu Ehren versklavter Menschen

Hamburg (Deutschland), Lissabon (Portugal)
2021

Seit einiger Zeit folgen Historikerinnen, Künstler und Stadtführer den Spuren des Imperialismus in den Hafenstädten Hamburg und Lissabon. Das Projekt «ReMapping Memories» beschäftigt sich in den beiden Partnerstädten mit der Dekolonisierung des öffentlichen Raums. Das Gesamtkonzept umfasst künstlerische und wissenschaftliche Beiträge, aber auch Presseartikel. ReMapping wird durch Sondermittel des Vorstands des Goethe-Instituts sowie durch die Bartholomäus-Brüderschaft der Deutschen in Lissabon finanziell unterstützt und dient als Plattform zur Förderung des internationalen Wissensaustauschs. Gemeinsam mit Aktivistinnen versuchen Geschichtswissenschaftlerinnen, mittels organisierter Meetings und Lesungen sowie neuerer Projekte, Bewohner für die ausgeklammerte Geschichte bestimmter Stadtteile zu sensibilisieren.

Ein Beispiel hierfür ist das Ehrenmal für versklavte Menschen in Lissabon. Auf dem Campo das Cebolas soll ein Gedenkort in Gestalt einer Trauerplantage errichtet werden. Vierhundert Zuckerrohre aus Aluminium werden in dreieckiger Form aufgestellt, um auf vier Jahrhunderte Sklaverei aufmerksam zu machen. Der durch Abstimmung ausgewählte Denkmalentwurf, welcher an die afrikanische Diaspora erinnert, stammt vom angolischen Künstler Kiluanji Kia Henda. Die Grundkonzeption legte

eine Gruppe engagierter Stadtbürgerinnen Lissabons vor. Diese erhielt Unterstützung von einem Beratungsteam, der Stadt Lissabon und der Projektgruppe «Djass» (Verein für Menschen afrikanischer Herkunft). Das Ansinnen sollte sich an die kommende Generation richten und die Werthaltung möglichst vieler Menschen zum Ausdruck bringen. In der umliegenden Gegend Lissabons wurden Umfragen mit Passanten und Interessierten aus der Zivilbevölkerung durchgeführt. Alle Teilnehmenden durften nachfolgend ihre Stimme zum Projektverlauf sowie zum Kunstentwurf abgeben. Dabei fiel eine merklich hohe Beteiligung von Personen afrikanischer Herkunft auf.

Das Mahnmal soll Verbindungslinien zwischen der profitorientierten westlichen Welt und der Brutalität gegen Afrikanerinnen und Afrikaner sowie gegen indigene Volksgruppen schaffen. Der wirtschaftliche Profit als unentwegte Kraft für menschliches Leid steht für den Künstler im Zentrum des Geschehens: «Sie reicht bis heute in die westlichen Gesellschaften hinein, weil das Anhäufen von Reichtum, das die Geburt der modernen Welt ermöglichte, auf den Schultern der versklavten Frauen und Männer durchgeführt wurde.» Inmitten dieses Gebildes befindet sich eine runde Sitzbank als Ort der Meditation. Im Anschluss an das Mahnmalprojekt sind eine Ausstellung sowie die Errichtung eines Museumsortes geplant, worin sich auch das künftige Informationszentrum befinden soll.



Abb. 8 und 9: Visualisierung des Projekts «ReMapping Memories», eines Mahnmals zu Ehren versklavter Menschen, auf dem Campo das Cebolas in Lissabon (Seitenansicht und Vogelperspektive).

(8) Collectif pour la Mémoire – Umgestaltung des David-de-Pury-Denkmal

Neuchâtel, Schweiz
2021

Auf etwa 600 Millionen Schweizer Franken wird der Nachlass geschätzt, den der Geschäftsmann David de Pury der Stadt Neuchâtel nach seinem Tod Ende des 18. Jahrhunderts vermacht hat. Mit dem Geld wurde die Errichtung öffentlicher Bauten, beispielsweise die erste öffentlich zugängliche Bibliothek, ein Krankenhaus oder auch das Rathaus, finanziert. Infolgedessen entschied sich die Stadt, zu Ehren de Pury ein Denkmal zu setzen. Schon seit Längerem aber ist dieses Ehrenmal manchen Stadtbürgerinnen ein Dorn im Auge, da historische Forschungen belegen, dass das Vermögen auch durch Sklavenarbeit erwirtschaftet worden war. David de Pury hatte mit dem Handel von Diamanten und Tropenholz aus Südamerika hohe Gewinne erzielt. Zudem investierte der Geschäftsmann Kapital in eine Gesellschaft, die Handel mit Sklaven betrieb.

Eine Aktionsgruppe, die sich für die Demontage des Monuments einsetzt, ist das «Collectif pour la Mémoire». Die Mitglieder beschäftigen sich im Wesentlichen mit der Frage, inwieweit die Schweiz am Kolonialwarenhandel sowie an Geschäften mit Sklaven beteiligt gewesen war, und möchten in der Folge koloniale Spuren im öffentlichen Raum aufdecken und beseitigen. In einer Petition forderte das Kollektiv die Stadtverwaltung entsprechend dazu auf, die Statue de Purys zu entfernen, was wiederum eine Gegnergruppe auf den Plan brachte, die sich für den Erhalt des Denkmals einsetzte. Die Behörden suchten das Gespräch und agierten als vermittelnde Instanz zwischen den beiden Interessengruppen. Als die Statue im Sommer 2020 über Nacht mit roter Farbe beschmiert wurde, erhöhte dies den Druck auf die politische Führungsebene weiter. Nach der Einreichung einer zweiten Petition wurde von den kommunalen Behörden schliesslich ein Projektvorschlag ausgearbeitet. Die Amtsmitglieder haben sich zum Ziel gesetzt, die historische Forschung über de Pury zu fördern, um die Grundlage für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der städtischen Erinnerungskultur im öffentlichen Raum zu schaffen.

Aus diesem Grund hat sich die Stadtverwaltung dazu entschlossen, die Statue stehen zu lassen und dafür eine Informationstafel anzubringen. Zudem wurde ein Kunstwettbewerb ausgeschrieben. Eine internationale Jury wird mindestens zwei Entwürfe für Ausstellungsstücke auswerten, die das Denkmal kritisch beleuchten, um diese anschliessend neben die Statue zu platzieren. In Teilen der Stadt sollen zusätzlich mehrsprachig verfasste Hinweistafeln mit QR-Codes Auskunft über die koloniale Geschichte Neuenburgs geben.



Abb. 10: Das umstrittene Denkmal für David de Pury in Neuenburg soll stehen bleiben – aber mit Informationen ergänzt und neu kontextualisiert werden.

(9) Reisende Denkmäler («Transit 1999»)

Schweiz
1999

Zwischen April und Oktober 1999 veränderte das Projekt «Transit 1999» des gleichnamigen Künstlerkollektivs das Zürcher Stadtbild. Die vier klassischen Hauptdenkmäler von Hans Waldmann, Ulrich Zwingli, Heinrich Pestalozzi und Alfred Escher wurden demontiert und unter grosser medialer Aufmerksamkeit in einen an die Innenstadt angrenzenden Stadtkreis, genauer ins Trendquartier Zürich West transportiert, dort dann in mehreren Etappen an verschiedenen Orten platziert. Am alten Standort blieb der leere Sockel zurück, ehe die Statuen nach einem halben Jahr wieder an ihren alten Platz zurückkehrten. Vonseiten der Initianten wurde das Projekt als Träger von Botschaften verstanden, welche die Adressaten selbst hineinprojizieren. Sowohl die veränderte Wahrnehmung von Vertrautem wie auch die Wechselwirkung zwischen Ort und Monument sollten entsprechend Denkprozesse in Bewegung setzen.

Die Initianten wollten mit ihrer Aktion darauf aufmerksam machen, dass der zeitgenössischen Bildenden Kunst nicht genügend öffentlicher Raum zur Verfügung stehe und dass die Repräsentation von Autorität, wie sie in den klassischen Zürcher Denkmälern zum Ausdruck komme, nicht mehr zeitgemäss sei. Eine neue Generation von Kunstschaffenden wollte ihre thematischen Schwerpunkte und Ideen nun also selber in den öffentlichen Raum von Zürich tragen.

Das aufwendige Projekt «Transit 1999» fand breite Unterstützung. Sowohl die Stadt Zürich als auch mehrere Stiftungen und Privatunternehmen, sogar das Schweizerische Institut für Kunstwissenschaft, stellten sich hinter die Aktion. Kontroverse Reaktionen gab allerdings vonseiten der Zivilbevölkerung. Rege wurde der Aufforderung Folge geleistet, die leeren Sockel zu besteigen und die Fläche als Aussichtsplattform oder Bühne zu nutzen. Auch die weisse Umhüllung der frei gewordenen Sockel wurde, wie vorgesehen, bepinselt, besprayed und beklebt. Gleichzeitig kamen in den Medien viele Stimmen zu Wort, die ihren Unmut über die temporäre visuelle Veränderung der Stadt bekundeten.

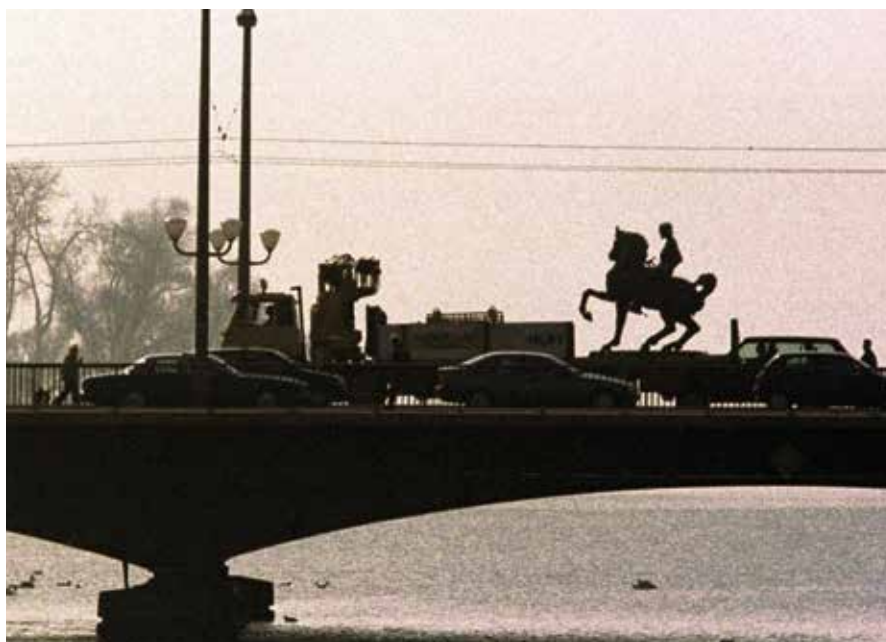


Abb. 11: Waldmann auf Reisen: Das Denkmal für Hans Waldmann wurde 1999 vorübergehend ins Trendquartier Zürich West verschoben.

(10) Umgestaltung des Welttelegrafendenkmals

Bern, Schweiz
2020

Am 14. Juni 2019 fand der zweite schweizweite Frauenstreik statt.³⁴ Der erste solche Streik wurde 1991 durchgeführt, zehn Jahre, nachdem Volk und Stände die Vorlage zum Verfassungsartikel «Gleiche Rechte für Mann und Frau» angenommen hatten. Die Initiative zum «Frauen*streik» war 2018 zunächst von einer Westschweizer Basismobilisierung ausgegangen und griff bald darauf auf alle anderen Teile des Landes über. In vielen Schweizer Städten nahmen 2019 Hunderttausende Personen am Streik selbst sowie an den zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen rund um das Thema Gleichberechtigung teil. In Bern versammelte sich eine Gruppe von Frauen und Kindern zu einem Kinderwagenumzug. Gemeinsam wurde für Lärm gesorgt, welcher auf die politischen Anliegen von Müttern, Pflegerinnen, Betreuerinnen und Lehrerinnen im Bereich der Care-Arbeit aufmerksam machen wollte. Aus diesem Zusammentreffen bildete sich der lockere Verbund, welcher sich seither als «Eidgenössische Kommission dini Mueter» (EKdM) für die gesellschaftliche Anerkennung guter Care-Arbeit einsetzt. Die Gruppe richtet sich medial und mit Strassenaktionen an die Öffentlichkeit. Repräsentanten der Politik fordert sie dazu auf, für bessere Arbeitsbedingungen bei der Betreuung von Kindern, Alten und Kranken zu sorgen. In den Folgemonaten nach dem Frauenstreik von 2019 gewann die Gruppe überregional Mitglieder und Förderer hinzu.

Die Corona-Pandemie verunmöglichte einen erneuten Frauenstreik im Folgejahr. Doch die EKdM suchte Wege, in Bern auch ein Jahr nach ihrem ersten Auftritt auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Man entschied sich in der Folge unter anderem dafür, mehrere Denkmäler der Stadt umzugestalten. Die umfangreichste dieser Aktionen fand am Helvetiaplatz in Bern statt, wo das Welttelegrafendenkmal in einer Nacht-und-Nebel-Aktion verziert wurde. Schilder wurden so platziert, dass sie den verschiedenen Statuen am Rande Worte im Zusammenhang mit der Care-Debatte in den Mund legten. An der zentralen weiblichen Statue des Denkmals wurde derweil ein Schild mit der Aufschrift «Dini Mueter» angebracht. Die Polizei, welche während dieses Tages mit Aktionen gerechnet hatte, drückte ein Auge zu und liess die Aktivistinnen gewähren. Sie kooperierte nicht zuletzt deshalb, weil keines der Engagements vonseiten der EKdM bleibende Veränderungen im öffentlichen Raum vorzunehmen beabsichtigte. Im Falle der Umgestaltung des Welttelegrafendenkmals wurde das Arrangement innert zweier Stunden aufgebaut, fotografiert und dann wieder abgebaut – ein prägnantes und politisch motiviertes Unterfangen, welches dank des Bildmaterials dokumentiert bleibt. Die EKdM hat Folgeaktionen dieser Art in Aussicht gestellt.



Abb. 12: «Dini Mueter»: 2020 gestaltete die Gruppe «Eidgenössische Kommission dini Mueter» in einer Nacht-und-Nebelaktion das Welttelegrafendenkmal auf dem Berner Helvetiaplatz neu, um auf weibliche Care-Arbeit aufmerksam zu machen.

34 Der erste landesweite Streik für die Rechte der Frauen in der Schweiz hatte am 14. Juni 1991 stattgefunden.

(11) Vo da.

Zürich, Schweiz
2021

In der Schweizer Bundesverfassung ist festgeschrieben, dass niemand diskriminiert werden darf. Entsprechend setzen Dembah Fofanah und Ben Pauli mit ihrem Projekt «Vo da.» ein klares Statement: Die Initianten des Onlinemagazins wollen die Zivilbevölkerung mobilisieren und gemeinsam rassistische und diskriminierende Vorfälle aus dem Alltag öffentlich benennen. In einem offenen Brief an das Amt für Städtebau forderte das Kollektiv «Vo da.» im Frühjahr 2020 die Zürcher Stadtverwaltung auf, Beschriftungen wie jene des Cafés «Mohrenkopf» zu verbieten oder Häusernamen wie «Zum Mohrentanz» respektive ein rassistisches Wandbild im Niederdorf mit der Betitelung «Zum kleinen Mohren» entfernen zu lassen und entsprechend einen Leitfaden für den Umgang mit Gebäudenamen mit rassistischer Konnotation in der Stadt Zürich zu erarbeiten. Für manche Betrachter gehören auch diese historischen Häusernamen zu einem unveränderbaren Teil der städtischen Erinnerungskultur. Die Projektinitiatoren beziehen innerhalb dieses kontroversen Diskurses klar Stellung und setzen sich entsprechend für Häuserfassaden ohne diffamierende Bezeichnungen ein. Die Stadtverwaltung kam jedoch zum Schluss, dass die Umbenennung von Häusern kein effizientes Mittel zur Bekämpfung von Rassismus darstelle. Dem Kollektiv wurde bewusst, dass ein gemeinschaftliches Projekt mit den zuständigen Behörden aufgrund administrativer Hürden nicht immer möglich ist und es generell an Rückhalt für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung fehlte.



Abb. 13: «Hier war einmal ein rassistisches Wandbild»: Fotomontage des Kollektivs «Vo da.»

Im April 2021 verkündete der Zürcher Stadtrat aber dennoch, dass koloniale und rassistische Bezeichnungen oder Abbildungen im Stadtraum entfernt respektive mittels Informationstafeln kontextualisiert würden. Trotz nachteiliger Erfahrungen mit bürokratischen Prozessen blickt das Kollektiv positiv auf das Erreichte zurück und setzt sich weiterhin dafür ein, ausgegrenzten Personengruppen eine Stimme zu geben. Es will, dass sich die gesamte Bevölkerung daran beteiligt, rassistische Vorfälle oder diskriminierende Darstellungen öffentlich zu machen und die gewohnte Praxis des Stillschweigens zu durchbrechen. Der Onlineaustausch auf der Kollektiv-Plattform dokumentiert, dass Betroffene sich in ihrem Alltag nach wie vor mit generalisierten Aussagen konfrontiert sehen: «Ihr seid anders als wir.» «Bei denen sieht man einfach, dass sie nicht von da sind.» «Für mich sehen die eben alle gleich aus.» Um solch rassistisches Gedankengut zu benennen und diskriminierendes Vokabular abzuschaffen, wurde ergänzend die Onlinesammlung «Chas nüm ghöre» aufgeschaltet, auf der rassistische Äusserungen zu Dokumentations- und Reflexionszwecken veröffentlicht werden.

**~~„Bin sicher
nöd rassis-
tisch! Han
ja en Kolleg
wo ...
isch!“~~**

Abb. 14: Kollektiv «Vo da.»: Beispiel aus der Onlinesammlung «Chas nüm ghöre».

(12) Erdinger Geschichte

Erding, Deutschland
2021

«Dieses Projekt möge ein Mittel gegen Geschichtsvergessenheit sein.» So lautete eine Onlinerrückmeldung an die freiwilligen Mitarbeitenden, welche den Erdinger Historiker Giulio Salvati während seines Forschungsprojekts zur Erdinger Geschichte unterstützt hatten. Dabei handelt es sich um die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte von Zwangsarbeit während des nationalsozialistischen Regimes im bayerischen Landkreis Erding. Schätzungen zufolge wurden zwischen 1939 und 1945 etwa 3500 bis 5000 Personen an diesen Ort deportiert und mussten hier auf Bauernhöfen und anderen Betrieben Zwangsarbeit verrichten. Wie viele Regionalgeschichten lief auch diese Gefahr, in Vergessenheit zu geraten. Salvati beobachtete einmal mehr, wie wenig Wissen über konkrete Lebensgeschichten und -erfahrungen von Personen, die durch Zwangsarbeit die deutsche Kriegswirtschaft vorangetrieben hatten, greifbar ist.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung dokumentiert einerseits die Bedeutung der Zwangsarbeit für die Wirtschaft in der Region. Dank der öffentlich zugänglichen Datenbank mit biografischen Informationen zu den Leidtragenden wird diesen Menschen andererseits auch ein digitales Denkmal³⁵ gesetzt. Die Angehörigen erhalten so die Möglichkeit, Wissenswertes über das Schicksal ihrer Familienmitglieder in Erfahrung zu bringen. Salvati war es wichtig, die Geschichte gemeinsam mit der Zivilbevölkerung aufzuarbeiten und Interessierte am Forschungsprozess zu beteiligen. Mehr als 20 Freiwillige folgten verschiedenen Aufrufen in den lokalen Medien und unterstützten Giulio Salvati über ein halbes Jahr lang beim Digitalisierungsprozess historischer Dokumente. Es steht hierbei nicht nur die Vermittlung historischer Inhalte im Fokus, vielmehr soll das Projekt auch dialogstiftend wirken und den erinnerungskulturellen Diskurs erweitern.

**ERDINGER
GESCHICHTE**



Eine überzeugende Arbeit am zeithistorischen Gedächtnis eines bayerischen Landkreises

Abb. 15: Das Projekt «Erdinger Geschichte» setzt Zwangsarbeitern zur Zeit des NS-Regimes ein digitales Denkmal.

35 Im Rahmen der vorliegenden Studie wird unter dem Begriff «Digitales Denkmal» eine Webanwendung verstanden, welche in erinnerungskulturellen Kontexten freien Zugang zu Beständen ermöglicht, die im analogen Zustand digitalisiert oder digital generiert wurden.

(13) Public Iconographies

St. Louis, USA
2018–2020

Die Pulitzer Kunststiftung aus St. Louis (Bundesstaat Missouri) plante Anfang 2018 eine Ausstellung über die Schaffung und Zerstörung von Denkmälern im alten Ägypten. Parallel dazu wollte sie die Thematik auf die Gegenwart übertragen. Im Sommer 2018 wurde «Monument Lab» aus Philadelphia (Bundesstaat Pennsylvania) nach St. Louis eingeladen, um ein forschungsbegleitetes Kunstprojekt zur Repräsentation vorherrschender Machtverhältnisse in der lokalen Erinnerungskultur zu lancieren. Gemeinsam mit der Bevölkerung von St. Louis wurde eine Auseinandersetzung mit den stadteigenen Denkmälern und weiteren Erinnerungsorten angestrebt. Monument Lab machte es sich zur Aufgabe, im Kontrast dazu individuelles Erinnern an die Geschichte der Stadt öffentlich sichtbar zu machen.

2019 startete Monument Lab mit der Erstellung einer modifizierten topografischen Karte, in welcher sich die Ergebnisse zur Frage nach der Beziehung zwischen der Stadtbevölkerung und ihren geerbten Symbolen widerspiegeln sollten. Einem Aufruf folgend, wurden Interessierte gebeten, sich zu öffentlichen Treffen zusammenfinden und ihre schriftliche Antwort auf die Frage «How would you map the Monuments of St. Louis?» einzureichen. Wer das ganze Formular ausfüllte, brachte auch in einem dafür vorgesehenen Feld zusätzlich eigene Skizzen an. Das Projekt «Public Iconographies» war damit lanciert. In den Räumlichkeiten der Pulitzer Kunststiftung sichtete Monument Lab zusammen mit einem Team lokaler Forscherinnen die Einsendungen über einen Zeitraum von drei Monaten. Zusätzlich wurden Treffen an kulturellen Stätten organisiert, während sich die Pulitzer-Mitarbeitenden mit Interessengruppen der Stadt in Verbindung setzten. 750 Einsendungen aus 141 Postleitzahlen der Stadt wurden in die topografische Karte integriert. 1044 «persönliche» Orte konnten im Rahmen des Projekts verzeichnet werden. Der Bevölkerung wurde in Aussicht gestellt, dass die Resultate der partizipativen Arbeit über die Pulitzer Foundation an Kulturorganisationen und die öffentliche Raumplanung weitergeleitet würden. Vertreten würden die Ideen dabei von verschiedenen Fürsprechern aus städtischen Verbänden, die sich für soziale Gerechtigkeit und gegen den kulturellen Ausschluss von Bevölkerungsgruppen einsetzten. In digitaler Form sind die Auswertungsdaten und Einsendungen sowie die auf ihnen basierende Karte seit 2020 frei zugänglich und verwendbar.

Das eigentliche Endprodukt gibt eine unkonventionelle Kategorisierung sowohl der existenten als auch der erwünschten Denkmäler wieder. So wurden die erinnerungsrelevanten Spots den Rubriken «14 oder mehr Erwähnungen», «mit Anerkennung existent», «ohne Anerkennung existent», «gelöscht/abgerissen», «mit Standort vorgestellt oder vorgeschlagen», «ohne ausdrücklichen Standort vorgestellt oder vorgeschlagen», «persönliche Erinnerungen» und «Schwarzes St. Louis» zugewiesen.

Im August 2020 endete das Projekt, das über eine Zeitspanne von zweieinhalb Jahren Ideen aus der breiten Bevölkerung gesammelt hatte, wie die Erinnerungskultur im öffentlichen Raum von St. Louis ihr kulturelles Erbe repräsentieren sollte. Einerseits stellt die entstandene Karte eine Bestandsaufnahme dar, andererseits setzt sie ein Statement, das Behörden zur Weiterentwicklung der städtischen Erinnerungskultur anregen soll.



Abb. 16: «How would you map the Monuments of St. Louis?» Monument Lab erstellte in einem partizipativen Prozess gemeinsam mit der Stadtbevölkerung eine topografische Karte des kulturellen Erbes von St. Louis.

(14) #everynamecounts - Digital Archives

Bad Arolsen, Deutschland
2021

Mehr als 30 Millionen Dokumente, die von KZ-Gefangenen, Zwangsarbeiterinnen sowie Überlebenden aus der Zeit des Nationalsozialismus zeugen, zählen zum Unesco-Weltdokumentenerbe. Die «Arolsen Archives» gehören zur weltweit umfassendsten Online-Dokumentensammlung, die Informationen über Verfolgte und Ermordete durch das nationalsozialistische Regime beinhaltet. Das Archiv hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 alle verfügbaren Schriftstücke sowie die Namen der Opfer und Überlebenden digital zu erfassen und dadurch ein digitales Denkmal zu errichten.

Wie der Projekttitel verdeutlicht, zählt hierfür jeder Name. Damit diese grosse Datenmenge den fristgerechten Erfassungsprozess durchlaufen kann, ist das Archiv auf die freiwillige Mithilfe der Zivilgesellschaft angewiesen. Um in der Öffentlichkeit auf die Crowdsourcing-Initiative «#everynamecounts» aufmerksam zu machen, wurde im Januar 2021 auf der Fassade der französischen Botschaft in Berlin eine Medieninstallation in Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus projiziert. Es wurden Namen eingblendet und Gesichter gezeigt, hinter denen die Menschen mit ihren eigenen Lebensgeschichten stehen. Ende 2021 hatten sich bereits über 22 000 registrierte Nutzer aus verschiedenen Ländern am Digitalisierungsprozess beteiligt. Mehr als 5,1 Millionen Dokumente wurden von zu Hause aus online bearbeitet.

Für Forschungs- und Bildungszwecke sind die Informationen der Dokumentensammlung, die Interessierten aus der ganzen Welt offenstehen sollen, von grosser Bedeutung. Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus bietet auch Aufklärung für die kommenden Generationen. Der Blick in die Vergangenheit soll aufzeigen, wohin Diskriminierung, Rassismus und das Gedankengut radikaler Strömungen führen können. Hierzu wird ergänzend ein Bildungsprogramm für Schulklassen entwickelt, das über Onlinekanäle erreichbar sein wird. Durch die Unterstützung der Beauftragten der deutschen Bundesregierung für Kultur und Medien konnte das Konzept der Arolsen Archives in Zusammenhang mit dem Massnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus weiterentwickelt werden.



Abb. 17: Eine Projektion auf Fassade der französischen Botschaft in Berlin macht im Januar 2021 auf die Crowdsourcing-Initiative «#everynamecounts» aufmerksam.

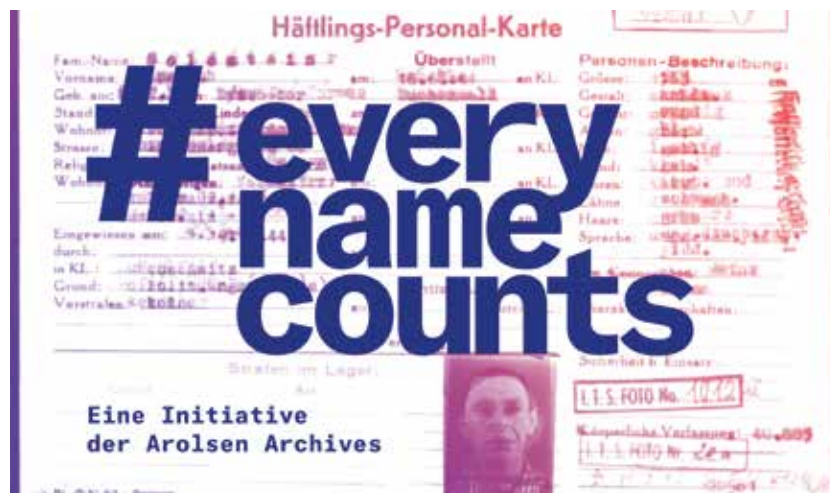


Abb. 18: #everynamecounts: Die «Arolsen Archives» haben sich zum Ziel gesetzt, bis 2025 alle verfügbaren Schriftstücke sowie die Namen der Opfer und Überlebenden des NS-Regimes digital zu erfassen und so ein digitales Denkmal zu errichten.

«Good Practice»-Ansätze für Anspruchsgruppen aus Politik und Verwaltung

Die vorangegangenen Fallbeispiele dokumentieren, dass das Thema «Partizipation» im Bereich materieller Erinnerungskultur unterschiedlich gedacht, ausgelegt und praktiziert wird. Dies ist einerseits auf spezifische lokale Ausprägungen und andererseits auf vielschichtige Teilhabekonzepte zurückzuführen, mithilfe derer Projekte initiiert und umgesetzt werden. Das Spektrum zivilgesellschaftlicher Mitwirkung reicht von der Teilnahme an Debatten bis hin zu direkter Einflussnahme auf einen erinnerungskulturellen Gegenstand im öffentlichen Raum. Der Grad an Partizipation in einer Gesellschaft hängt auch davon ab, inwiefern diese auf politischer oder sozialer Ebene erwünscht ist und gelebt wird. Obwohl sie unterschiedliche Themen und Zielsetzungen zur Sprache bringen, können anhand der 14 Beispiele einige Aussagen zu den Bedingungen und zur konkreten Ausgestaltung von Partizipationsprojekten gemacht werden. Daraus lassen sich «Good-Practice»-Ansätze für Anspruchsgruppen aus Politik und Verwaltung ableiten.

Akteure, Anspruchsgruppen, Netzwerke

Wie wir gesehen haben, reklamieren verschiedene Gesellschaftsmitglieder in der Schweiz Teilhabe am erinnerungskulturellen Diskurs für sich. Die Studie möchte, wie bereits erwähnt, einerseits Stimmen breiter Bevölkerungskreise und erinnerungskulturell marginalisierter Gruppen berücksichtigen. Aus deren Partizipationsanliegen resultieren andererseits Handlungsanleitungen für Vertreterinnen aus Politik und Verwaltung. In diesem Sinne unterscheiden wir zwischen «Akteuren» und «Anspruchsgruppen». Zu den Akteuren gehören zivilgesellschaftliche Einzelpersonen und Gruppen, Vereine, Kollektive, Interessenverbände und so weiter, die proaktiv erinnerungskulturelle Teilhabe einfordern, indem sie öffentliche Projekte und Aktionen lancieren. Zu den Anspruchsgruppen («Stakeholder») werden politische und administrative Institutionen (öffentliche Verwaltung) und deren Entscheidungsträgerinnen gezählt, die mit Partizipationsanliegen der Akteure (reaktiv) umzugehen haben.

Am Anfang erinnerungskultureller Partizipationsprojekte steht häufig die Gründung neuer oder die Nutzung bestehender zivilgesellschaftlicher Vereine, Bündnisse oder Stiftungen. Deren Mitglieder sind entweder direkt als Akteure in das Projekt involviert oder setzen sich stellvertretend für die Interessen der durch sie vertretenen Personen ein. Verbreitet sind ausserdem Kooperationen mit Künstlerinnen oder Künstlerkollektiven sowie mit nicht staatlichen Organisationen, sogenannten NGOs. Diese

setzen sich nicht nur für die gruppenspezifischen Bedürfnisse und Anliegen ein, sondern suchen in der Regel auch den Dialog mit Institutionen und Personen aus Politik und Verwaltung. Dadurch sollen der Meinungs-austausch und konstruktive Diskussionen zwischen Akteuren und Anspruchsgruppen gefördert und deliberative Prozesse angestossen werden. Bei den meisten der 14 Fallbeispiele haben sich im Laufe eines Projektes Kooperationsformen zwischen Akteuren und Anspruchsgruppen aus Politik und Verwaltung entwickelt. Um progressive Transformationsprozesse bezüglich der bestehenden Erinnerungskultur in Gang zu setzen, werden zunächst klare Ziele und Umsetzungsmassnahmen vonseiten der Akteure benannt, auf welche die Anspruchsgruppen reagieren müssen (Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989/Erdinger Geschichte/#everynamecounts/Freiheits- und Einheitsdenkmal/Swiss Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus/Portland's Monuments & Memorials Project/Public Iconographies/ReMapping Memories – Mahnmal zu Ehren versklavter Menschen/Stolpersteine in der Schweiz). Andere Projekte und Aktionen werden von Akteuren autonom initiiert und umgesetzt (Umgestaltung des Welttelegrafendenkmals/Vo da.). Beide Vorgehen können dynamische Prozesse von Neubewertungen öffentlicher Erinnerungskultur auslösen und zu wichtigen Kooperations- und Netzwerkbildungen mit Anspruchsgruppen führen.

«Good Practice»: Akteure, Anspruchsgruppen, Netzwerke

Kulturelle Teilhabe bedingt den Dialog: Der direkte Meinungs-austausch fördert Kooperationen und Netzwerke zwischen Projektinitiatoren, NGOs, Künstlerkollektiven sowie Anspruchsgruppen aus Politik und Verwaltung. Wichtig ist, dass klare Ziele und Umsetzungsmassnahmen benannt werden.

Prozess

Einen besonders hohen Partizipationsgrad erreichen Projekte, bei denen zivilgesellschaftliche Personen nicht nur punktuell miteinbezogen, sondern für die Dauer des gesamten Entstehungs- und Umsetzungsprozesses inkludiert werden. Dafür sind partizipative Verfahrenskonzepte erforderlich, wie sie etwa die Stiftung «Friedliche Revolution» für das Projekt des Leipziger Einheitsdenkmals entwickelt hat. Das mehrstufige Verfahren sieht mehrere sogenannte Partizipationszeitfenster vor, in welchen die Leipziger Bürgerschaft jeweils konsultiert und von Expertinnen operativ begleitet wird. Auf diese Weise sollen möglichst viele Personen am Entscheidungsfindungsprozess vom Entwurf über die Standortwahl bis hin zur Ausschreibung und Finalisierung des geplanten Denkmals teilhaben. Dieser ganzheitliche Ansatz erweist sich

allerdings zuweilen als langwieriges Unterfangen, weil etwa künstlerische Erwartungen an Gestaltungsformen oder Expertenwissen aus Forschung und Entwicklung einzelne Schritte verlangsamen, aber auch die Bedürfnisse der Akteure und Anspruchsgruppen in den Hintergrund rücken können.

Auf eine Bürgerinitiative zurückgehend, weist der Projektverlauf des Lissabonner Ehrenmals für versklavte Menschen ebenfalls einen hohen Partizipationsgrad auf. Unter der Leitung der Projektkoordinatoren wurden sowohl Finanzierungs- und Standortideen als auch Konzeptionen und künstlerische Umsetzungsvorschläge geteilt, die aus Community-Kreisen oder anderen Bereichen der Zivilbevölkerung stammten.

Temporäre Denkmalumgestaltungen, wie jene des Welttelegrafendenkmals durch die EKdM, konzentrieren sich hingegen auf den Geschehensmoment sowie auf eigens formulierte Kernaussagen und -ziele. Weiterführende Kontextualisierungen, gegebenenfalls unter Einbezug externen Know-hows, folgen dann in der Zeit nach einer solchen Aktion.

Auftragsvergaben von neu zu errichtenden oder zu modifizierenden Erinnerungsobjekten erfolgen im besten Falle über öffentliche Ausschreibungen und Wettbewerbe. Solche Prozesse werden immer häufiger durch digitale Abstimmungsverfahren unterstützt. Eine andere Möglichkeit der Projektinitiierung bietet das Einreichen von Petitionen wie etwa beim geplanten Swiss Memorial. Anders als öffentliche Ausschreibungen oder Wettbewerbe ist dieses politische Mittel jedoch nur begrenzt wirksam. Gemäss Art. 33 der Bundesverfassung hat zwar jede Person das Recht, Petitionen einzureichen; dieses Recht steht prinzipiell also auch ausländischen Staatsangehörigen zu. Die Aussichten auf Erfolg sind aber gering, weil Behörden gemäss Bundesverfassung Petitionen lediglich zur Kenntnis nehmen müssen. Einige Kantone verpflichten die Behörden allerdings dazu, diese zu beantworten oder solche zu behandeln.

«Good Practice»: Prozess

Die Förderung und Entwicklung ganzheitlicher Partizipationsansätze stellt einen hohen Grad an zivilgesellschaftlicher Teilhabe in Aussicht. Die von Politik und Verwaltung unterstützte Gründung von Bürgerräten, Bürgerforen und anderen Formen breiter Bürgerbeteiligung ist gewinnbringend, wenn diese einen öffentlichen Diskurs fördern und zu fairen Abstimmungen führen. Digitale Anwendungen leisten dabei niederschwellige Unterstützung bei der Sammlung von Ideen und beim kommunikativen Austausch.

Praktiken, Raum und Kontext

Auch wenn die mediale Aufmerksamkeit in den letzten Jahren vor allem spektakulären Aktionen wie dem Sturz von Denkmälern galt, so ist diese Praxis nicht die häufigste, um Erinnerungskultur im öffentlichen Raum zu verändern. Sie kann aber durchaus, wie beispielsweise beim «Portland's Monuments & Memorials Project» geschehen, als Initialzündung für neue Formen des Dialogs sorgen. In Portland nutzte man 2020 den Sockelsturz mehrerer Statuen, um einen zweiteiligen Aufruf zu starten. Zunächst wurden die Bürgerinnen der Stadt dazu aufgefordert, über den problematischen respektive den sinnvollen Aussagegehalt bereits bestehender Denkmäler online zu debattieren. In einem nächsten Schritt wurden sie gebeten, eigene Ideen für die Um- oder Neugestaltung dieser Denkmäler zu formulieren. Ein Teil dieser Vorschläge wurde schliesslich in einer Ausstellung präsentiert, ein anderer in einer Onlinegalerie gezeigt.

Manche Projekte ergreifen auch sehr spezielle Massnahmen, um sich Gehör zu verschaffen und die Reichweite zu erhöhen. So haben die Verantwortlichen des Ehrenmals 2051 einen eigenen Gedenk- beziehungsweise Erinnerungstag eingeführt. Bis 2050 soll jeweils am nächsten Juni, dem Einweihungsdatum des Denkmals für zukünftige Generationen, an die mutmasslichen Bedürfnisse und Rechte zukünftiger Generationen erinnert werden.

Die Bedeutung digitaler Technologien zeigt sich in diesem Kontext indes nicht nur im Zusammenhang mit der Lancierung eines Projektes, sondern auch bezüglich der erinnerungskulturellen Praxis. So sind beispielsweise digitale Medieninstallationen gängige Mittel, um Gedenkstätten zu schaffen oder auf den Widerstand gegen herkömmliche materielle Erinnerungskultur aufmerksam zu machen. Besonders Social-Media-Kanäle erweisen sich dabei als wirksame Kommunikationsräume. Das Projekt «Public Iconographies» beispielsweise nutzte für die Bereitstellung der digitalen Stadtkarte die Vorteile des digitalen Raums. Die Stadtkarte ist online frei zugänglich und kann entsprechend vielseitig verwendet werden. Umso mehr erhöht sich ihre symbolische Bedeutung als Bestandsaufnahme, welche die erinnerungskulturellen Ansprüche der Bevölkerung von St. Louis visuell begreifbar macht. In der Regel stehen am Anfang einer solchen Aktion zwar das Denkmal beziehungsweise der Erinnerungsort selbst; damit einher geht jedoch häufig die Forderung, dass das eigentliche Objekt stärker als Dokumentations-, Informations- und Lernort kontextualisiert werden soll.

Das Denkmal steht indes nicht nur in besonderer Verbindung mit seinem künstlerischen Gestalter und den Rezipientinnen. Auch der umliegende Raum spielt eine

entscheidende Rolle. Das Beispiel der Reisenden Denkmäler in der Schweiz zeigt, dass die Demontage und Translokation von Denkmälern unweigerlich Platz für die Umnutzung des dadurch frei gewordenen Raumes machen. Solche Leerstellen können, auch wenn nur zeitlich begrenzt, Partizipationsmöglichkeiten eröffnen, indem dazu aufgerufen wird, über Nutzung und Gestaltung dieses Raumes nachzudenken.

Die angeführten Fallbeispiele zeigen, dass erfolgreiche Projekte und Aktionen zumeist auf ein lokales Gebiet begrenzt bleiben. Nachbarschaften, Gemeinden und andere kleinteilige Lokal- und Regionalverbände haben in der Regel die grösste Chance, Um- und Neugestaltungen von öffentlicher Erinnerungskultur zu realisieren. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass Denkmäler und andere Erinnerungsorte häufig auf lokalhistorische Ereignisse oder Personen Bezug nehmen und als solche auch das historische Bewusstsein der vor Ort lebenden Menschen geprägt haben. Zum anderen ist es hilfreich, mit politischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten vor Ort vertraut zu sein, um eine gesellschaftsverändernde Wirkung zu erzielen.

Es existieren jedoch auch dezentrale Denk- und Mahnmale mit überregionalem Charakter. Es ist daher nicht verwunderlich, dass im Zuge der Black-Lives-Matter-Bewegung die globale Diskussion um bestimmte Denkmäler und kolonialgeschichtlich belastete Gedenkkulturen schlagartig Aufschwung erfuhr. Der gemeinsame Kitt waren die nach wie vor grassierenden Gegenwartsprobleme – Rassismus, Xenophobie und Ausgrenzung –, von denen auf der ganzen Welt Menschen betroffen sind und die transnational zu Protesten und Aktionen gegen weisse, heteronormative Erinnerungskulturen geführt haben. Ein räumlich begrenzteres, aber ähnliches Beispiel betrifft das Projekt «Stolpersteine», welches den Opfern des Holocausts gedenkt. Nach den ersten Steinverlegungen in Deutschland Anfang der 1990er-Jahre finden sich heute in über 20 Ländern Europas Stolpersteine, weshalb das Projekt als eines der grössten dezentralen Mahnmale überhaupt gilt. Dies ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass Nachkommen von Holocaust-Opfern die Geschichten ihrer Vorfahren teilen und zugänglich machen. Ermöglicht wird dadurch auch eine Art niederschwellige Vermittlungsarbeit.

«Good Practice»: Praktiken, Raum und Kontext

Anspruchsgruppen aus Politik, Verwaltung oder Kultur können Partizipationsanliegen unterstützen, indem sie kreative Aktionen zu Erinnerungskultur im öffentlichen Raum lancieren. Dabei berücksichtigen sie überregionale Diskurse, fokussieren jedoch auf lokale Bedürfnisse und Kontexte («think globally, act locally»).

Repräsentation und Vermittlung

Wie kann öffentlicher Raum als Erinnerungsort gestaltet werden? – Im Vorfeld ihrer Petition debattierte die Steuerungsgruppe des Projekts «Swiss Memorial» bereits darüber, ob das geplante Mahnmal frei zugänglich sein solle oder ob nicht besser Absperrungen montiert werden müssten. Der direkte Kontakt mit der künstlerisch gestalteten Anlage bietet (Angriffs-)Flächen, auf denen Schmierereien mit abwertenden oder extremistischen Symbolen angebracht werden könnten. Ein eingeschränkter Zugangsbereich oder die Beauftragung eines Überwachungsdienstes würde jedoch die Teilhabe am Raum stark limitieren.

Denkmäler und andere Manifestationen materieller Erinnerungskultur haben nicht nur eine informative und bildende Funktion, sondern weisen auch eine ästhetisch-sinnliche Komponente auf. Besonders in Repräsentationsformen mit höherem Komplexitätsgrad als bei einem einfachen Personendenkmal kommt die künstlerische Gestaltungskraft stärker zum Ausdruck. Die eingelassenen Fussabdrücke von Zeitzeuginnen beispielsweise, welche das Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung zieren, symbolisieren sowohl Personen als auch deren Aufmarsch.

Das Swiss Memorial ist indes nicht als monolithisches Mahnmal konzipiert, sondern soll einen ganzen «Erinnerungskosmos» schaffen: Es will einerseits analoger Vermittlungs-ort und andererseits digitaler Bildungs- und Vernetzungsort sein. Partizipation ist entsprechend nicht nur bei der Entstehung und der Umsetzung des eigentlichen Objekts möglich, sondern erweist sich auch als nachhaltige Ressource für die Erarbeitung künftiger Bildungs- und Informationsangebote.

«Good Practice»: Repräsentation und Vermittlung

Teilhabe beschränkt sich nicht nur auf die Neu- oder die Umgestaltung erinnerungskultureller Objekte selbst, sondern umfasst auch zivilgesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten bei der Erarbeitung von Informations-, Bildungs- und Vermittlungsangeboten. Anspruchsgruppen können hierbei inhaltliche, operative und finanzielle Unterstützung leisten.

Mapping von Teilhabepraktiken

Um die im vorherigen Kapitel beschriebenen «Good Practice»-Ansätze etwas systematischer und spezifischer hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen zu ordnen, wurden in der nachfolgenden Tabelle die wichtigsten Praktiken zusammenfassend aufgelistet und den entsprechenden Akteuren/Anspruchsgruppen

zugeordnet (siehe zur Def. «Akteure/Anspruchsgruppen» S. 31). Für Anspruchsgruppen aus Politik und Verwaltung unterscheiden wir zwischen «reaktiven» und «proaktiven» Praktiken, also solchen, die auf Partizipationsanliegen vonseiten der Bürgerinnen reagieren, und solchen, die als Massnahmen proaktiv angeboten werden können.

Praktiken	Wer initiiert in den Fallbeispielen?	Reaktiv/Proaktiv
Entwicklung innovativer und kreativer Denkmalaktionen	<u>Anspruchsgruppen</u> Denkmal 2051 des Berner Generationenhauses (Fallbeispiel 1) Stolpersteine in der Schweiz (Fallbeispiel 2) Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989 (Fallbeispiel 4) Freiheits- und Einheitsdenkmal (Fallbeispiel 5) Portland's Monuments & Memorials Project (Fallbeispiel 6) ReMapping Memories (Fallbeispiel 7)	reaktiv/proaktiv
Inhaltliche, operative und finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Informations-, Bildungs- und Vermittlungsangebote	<u>Anspruchsgruppen</u> Stolpersteine in der Schweiz (Fallbeispiel 2) Swiss Memorial (Fallbeispiel 3) Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989 (Fallbeispiel 4) Freiheits- und Einheitsdenkmal (Fallbeispiel 5) ReMapping Memories (Fallbeispiel 7) Collectif pour la Mémoire (Fallbeispiel 8)	reaktiv/proaktiv
Einrichtung interdepartementaler, transdisziplinärer Koordinationsgremien ³⁵	<u>Anspruchsgruppen (z. B. durch Stadtrat)</u> Swiss Memorial (Fallbeispiel 3) Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989 (Fallbeispiel 4) Freiheits- und Einheitsdenkmal (Fallbeispiel 5) ReMapping Memories (Fallbeispiel 7)	proaktiv

Nutzung digitaler Ausschreibungs- und Abstimmungsverfahren / Nutzung von Social Media zur Erhöhung der Reichweite von Teilhabeprojekten / Digitale Umsetzung von Teilhabeprojekten (z. B. Gegendenkmal)	<u>Anspruchsgruppen</u> Denkmal 2051 des Berner Generationenhauses (Fallbeispiel 1) Portland's Monuments & Memorials Project (Fallbeispiel 6) ReMapping Memories (Fallbeispiel 7) Erdinger Geschichte (Fallbeispiel 12) Public Iconographies (Fallbeispiel 13) #everynamecounts – Digital Archives (Fallbeispiel 14)	Proaktiv
Verfahrenskonzepte schaffen, diese ganzheitlich gestalten / Einbezug von Akteuren in den gesamten Partizipationsprozess (Entwurf, Standortwahl, Ausschreibung/Wettbewerb, Umsetzung, Vermittlung)	<u>Anspruchsgruppen</u> Denkmal 2051 des Berner Generationenhauses (Fallbeispiel 1) Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989 (Fallbeispiel 4) Freiheits- und Einheitsdenkmal (Fallbeispiel 5) Portland's Monuments & Memorials Project (Fallbeispiel 6) ReMapping Memories (Fallbeispiel 7)	Proaktiv
Bürgerräte gründen, öffentliche Diskussionsforen mit breiter Beteiligung schaffen, interdisziplinäre Kooperationen und Netzwerke bilden, Meinungs Austausch fördern	<u>Akteure/Anspruchsgruppen</u> Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989 (Fallbeispiel 4) Freiheits- und Einheitsdenkmal (Fallbeispiel 5) Portland's Monuments & Memorials Project (Fallbeispiel 6) ReMapping Memories (Fallbeispiel 7) Vo da. (Fallbeispiel 11) Public Iconographies (Fallbeispiel 13)	reaktiv/proaktiv
Einreichen von Petitionen	<u>Akteure</u> Swiss Memorial (Fallbeispiel 3) Collectif pour la Mémoire (Fallbeispiel 8)	
Durchführung autonomer Denkmalaktionen	<u>Akteure</u> Reisende Denkmäler («Transit 1999») (Fallbeispiel 9) Umgestaltung des Welttelegrafendenkmals (Fallbeispiel 10) Vo da. (Fallbeispiel 11)	

Interviews zu Partizipationserwartungen

Um die Erwartungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Anspruchsgruppen in Bezug auf die Teilhabe an der Neu- und Umgestaltung von materieller Erinnerungskultur in der Schweiz zu ermitteln, wurden Verantwortliche von sieben ausgewählten Projekten (siehe S. 15 ff.) interviewt. Die folgenden Verbandsvertreter und Einzelpersonen gaben Auskunft über ihre geplanten Vorhaben, die aktuellen Tätigkeiten oder über gemachte Erfahrungen im Zusammenhang mit vergangenen Projekten: Michael Fässler (Mitarbeiter des Projekts «Denkmal 2051»), Marta Lança (Koordinatorin des Projekts «Re-Mapping Memories Lisboa-Hamburg»³⁶), Gregor Spuhler (Mitglied Steuerungsgruppe «Swiss Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus»), Jakob Tanner (Historiker und Vorstandsmitglied des Vereins «Stolpersteine Schweiz»), Jan Morgenthaler (Leiter des Kunstprojekts «Transit 1999»), Sabine Künzler (Aktivistin und Mitglied der Bewegung «Eidgenössische Kommission dini Mueter» und Beteiligte an der Denkmalaktion mit dem Berner Welttelegrafendenkmal vom 13. Juni 2020) sowie Dembah Fofanah (Mitbegründer des Kollektivs «Vo da.»).

Im Anschluss an die Interviews und auf Basis der hierbei gewonnenen Erkenntnisse werden die Partizipationserwartungen, welche die Befragten an die Adresse der repräsentativen Anspruchsgruppen richten, interpretativ analysiert. Ausschlaggebend waren hierbei die Auswertungen der Audioaufnahmen. Berücksichtigt wurden Aussagen, die insbesondere die Absichten der Erinnerungsarbeit verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen zu erkennen gaben, zudem, welche Erfahrungen bei der Interaktion mit Anspruchsgruppen geteilt wurden oder welche Ausführungen Rückschlüsse auf die politischen Rahmenbedingungen zulassen. Für die Analyse wurden entsprechende Zitate als Anhaltspunkte erkennbaren Kategorien zugeteilt, die wiederum mithilfe einer axialen Kodierung verfeinert wurden.³⁷ Der Interviewleitfaden sowie die selektiven Transkriptionen finden sich im Anhang dieser Studie (nur online verfügbar).

Partizipationserwartungen

Der Verein «Stolpersteine Schweiz» stellt im Rahmen seiner Projekte selbst eine Anspruchsgruppe dar, welche über kulturelle Teilhabe historische Deutungshoheiten

herauszufordern intendiert. Der Verein ist davon überzeugt, dass durch Bewusstseinserschärfungen hinsichtlich der Grauen des nationalsozialistischen Regimes, der Schweizer Mitschuld und konkreter Opfergeschichten das hegemoniale historische Narrativ durchbrochen werden kann. Des Weiteren stellt der Verein Erwartungen an eine erinnerungskulturelle Zusammenarbeit, welche auch die Mitgestaltung des Projekts und der zeremoniellen Anlässe miteinschliesst. Entsprechend versuchen die Initianten, spezifische Anspruchsgruppen anzusprechen respektive zu mobilisieren, die aufgrund persönlicher Bezugspunkte oder der Bereitschaft zum Engagement am Projekt teilnehmen. Jakob Tanner, Vorstandsmitglied des Vereins «Stolpersteine Schweiz», erklärt, dass seine Organisation aber auch an sich autonome Aktionen im Zusammenhang mit Steinverlegungen zu begleiten beabsichtigt: «Wir versuchen andere regional-lokale Initiativen zu fördern und zu unterstützen.» Insgesamt stehen die Interessen des Vereins somit nicht per se nur im Zusammenhang mit den Marginalisierungserfahrungen ihrer Mitglieder, sondern sind ganz allgemein Ausdruck des persönlichen Engagements für erinnerungskulturellen Progress. Der Verein setzt auf eine niederschwellige und medienwirksame Art von erinnerungskultureller Repräsentation der Opfer und ihrer Nachkommen.

Die Steuerungsgruppe des Projekts «Swiss Memorial» hingegen übertrug dem Parlament die Verantwortung für die Realisierung und die Bekanntmachung des geplanten Konzepts. Das Memorial in Bern ist als zentraler öffentlicher Ort der Geschichtsvermittlung und der Vernetzung konzipiert. Es soll zum Erinnerungsort für die Opfer des nationalsozialistischen Regimes werden und aller Schweizerinnen und Schweizer gedenken, die sich für die Vertriebenen eingesetzt hatten und dem Hitlerfaschismus standhielten. Die Projektinitiatoren müssen hierzu bestimmte Personengruppen lokalisieren. Es muss Klarheit darüber geschaffen werden, welche Betroffenen in das Memorial miteinbezogen werden und wie stark sich der Fokus auf Schweizer Opfer richtet. Der öffentlich begehbare Gedenkort soll eine künstlerische Skulptur beinhalten. Zum Planungsauftritt hin stellte sich bereits die Frage, wie die Zivilgesellschaft mit dem Kunstobjekt respektive mit dem gesamten Memorial interagieren werde und ob es, wie bereits erwähnt, erlaubt sein solle, mit diesem ohne Sicherheitsvorkehrungen in Kontakt zu treten. Wie Gregor Spuhler feststellen musste, waren die Rückmeldungen aus der Zivilgesellschaft für das Memorial eher verhalten bis ablehnend. «Ich glaube nicht, dass man in einer Volksabstimmung in dieser Sache eine Mehrheit gewinnen würde. Da habe ich gewisse Zweifel.»

36 Dieses Projekt wird zwar ausserhalb der Schweiz durchgeführt, bot sich jedoch aufgrund des hohen Partizipationsgrades als Gesprächsgrundlage an. Das Interview wurde in Form einer schriftlichen Befragung geführt.

37 Mey/Mruck (2009): S. 129.

Der politische Prozess wird zweifellos von öffentlichen Diskussionen begleitet sein. Es wäre primär vorstellbar, dass Personen aus der Steuerungsgruppe der Aufsichtskommission beitreten. Aus Sicht einiger Projektmitglieder wäre eine direkte zivilgesellschaftliche Teilhabe denkbar, doch bleibt noch offen, in welcher Form. Ein Kulturwettbewerb bezüglich der künstlerischen Ausgestaltung der Skulptur ist geplant. Auch beim Mahnmahl zu Ehren versklavter Menschen in Lissabon ist nach Fertigstellung der Kunstinstallation die Errichtung eines Museumsortes geplant. Für das Projekt mit vergleichsweise hoher zivilgesellschaftlicher Partizipation wünscht sich die Projektkoordinatorin Marta Lança auch weiterhin einen regen Austausch: «Nachdem die Gedenkstätte gebaut ist, hoffe ich, dass es weitere Bürgerbeteiligungen geben wird.»

Anders als beim Verein «Stolpersteine» oder bei der Planungsgruppe für das Swiss Memorial sowie dem Mahnmahl zu Ehren versklavter Menschen bringen die Initianten des Kollektivs «Vo da.» als Betroffene von Ausgrenzung und Diskriminierung persönliche Erfahrungen in ihre Projektarbeit mit ein. Seit dem Frühjahr 2020 ist die Gruppe darum bemüht, im Zürcher Stadtteil Niederdorf die Entfernung von Häusernamen mit rassistischer Konnotation voranzutreiben und ein ebensolches Wandbild entfernen zu lassen. Die dazu vereinsintern erarbeiteten Argumente wurden mehrere Male zuhänden der Stadtverwaltung eingereicht. Generell versucht das Kollektiv, Denkanstöße für das Aufbrechen gesellschaftlich tief verankerter rassistischer und diskriminierender Reflexionsmuster zu liefern. Die Gruppierung setzt auf digitale Medien, um ihre Inhalte in Onlineartikeln und über Social-Media-Kanäle zu verbreiten: «Unser Engagement, mit dem Onlinemagazin und den weiteren Initiativen, sollen von der Community stammen und sich auch an die Community richten. Zur Community zählen wir alle Personen, welche sich dazu zählen wollen», berichtet Dembah Fofanah. Mit «Vo da.» ist eine inklusive Gemeinschaft entstanden, welche sich konkret mit den Anliegen ihrer Mitglieder auseinandersetzt und sich als Aktionsgruppe fortlaufend etabliert.

Mit der Translokation von Denkmälern hatte die künstlerische Intervention «Transit 1999» vor über 20 Jahren die Frage aufgeworfen, ob die verschobenen vier Hauptdenkmäler überhaupt an ihren angestammten Standort zurückkehren sollten. Das Anliegen der Kunst- und Bildhauerszene, für ihre eigene Kunst öffentliche Räume einzufordern, war eine Reaktion auf die starke Präsenz von Statuen des späten 19. Jahrhunderts in der Stadt Zürich. Die künstlerische Aktion sollte zur Reflexion über die Momente Beständigkeit und Erinnerung anregen und hypothetische Veränderungen im öffentlichen Raum zum Thema machen. Wie der Initiant Jan Morgenthaler ausführte, stand hinter dem Projekt «die alte Forderung, dass Kunst

gezwungen werden soll, sich zu legitimieren». 1999 wurde medial kommuniziert, dass die Zwingli-, Waldmann-, Escher- und Pestalozzi-Denkmäler kulturellen Stillstand symbolisierten, und dies auf zwei Ebenen: hinsichtlich ihrer Verkörperung einer autoritären Erinnerungskultur einerseits und eines antiquierten Kunstschaffens andererseits. Wer 1999 aber mit der Reise der Denkmäler vor allem das Offensichtliche mitverfolgte, bekam von diesen Kritikpunkten wenig mit. Die Kunstform konnte also losgelöst von den Zusammenhängen betrachtet werden, welche das Künstlerkollektiv herstellte. Im Kontrast zu aktuellen Denkmaldebatten fällt auf, dass «Transit 1999» keine öffentliche Diskussion über die historische Kontextualisierung der Personen auf den Sockeln ausgelöst hatte. Hinsichtlich ihrer erinnerungskulturellen Dimension wurden die vier translozierten Denkmäler primär als Zeitzeichen ihrer Schöpfer reflektiert.

Die Projektinitianten des Denkmals 2051 nahmen sich der grossen Herausforderung an, den herkömmlichen Denkmalbegriff zu hinterfragen und ihn gemeinsam mit der Zivilbevölkerung zu überdenken. Im Verlaufe der Projektentwicklung wurde deutlich, wie schwierig sich das Ziel gestaltete, in Dialog mit der Bevölkerung zu treten. Über eine Medienmitteilung, Flyer-Distributionen in der Stadt Bern und den breiten Einsatz von Social-Media-Kanälen wurde auf die Aktion aufmerksam gemacht. Obwohl man aufgrund des Preisgeldausschreibens und der Aussicht auf eine öffentliche Ausstellung der eigenen Kunstschöpfung von einer hohen Beteiligung ausgegangen war, fiel diese letztlich viel geringer aus als ursprünglich gedacht. Michael Fässler vermutet, dass der Begriff «Denkmal» für viele Leute abschreckend wirkte und sie davon abhielt, überhaupt mitzumachen. «Durch einige Rückmeldungen hat man erfahren, dass die Botschaft nicht einfach zu verstehen sei und Schwierigkeiten mit der Kontextualisierung bestünden. Was wollen wir eigentlich von den Leuten? Von Beginn an war der Denkmalbegriff schon sehr umstritten.» Durch spezifischere Erklärungen und das direkte Gespräch mit den Leuten wäre man aus Sicht Fässlers womöglich auch auf mehr Interesse gestossen. «Ich hätte gerne die direkte Publikumsansprache gesucht und beispielsweise versucht, Ideen während einer Veranstaltung zu generieren.» Es stellte sich die schwierige Frage, inwieweit einerseits vorgefasste Meinungen der Teilnehmenden, aber auch die Projektplanung mit dem finalen Entscheid des Denkmalentwurfs das Aktionsanliegen limitierten. «Das ist eben auch die Krux: Einerseits teilt man dem Publikum mit, dass keine Idee zu abstrakt und man in der Gestaltung komplett frei sei, machen könne, was man wolle. Und andererseits gibt es einfach gewisse Vorstellungen. Darin sehe ich die Grundherausforderung bei partizipativen Projekten: dass man sich den eingehenden Vorschlägen gegenüber offen zeigt.»

Projektbezogene Erfahrungen hinsichtlich juristisch-politischer Rahmenbedingungen

Am Beispiel des Projekts «Stolpersteine Schweiz» kann nachgezeichnet werden, dass in der Schweiz Initiativen im Zusammenhang mit Erinnerungskultur, welche in gewisser Weise den lokalpolitischen Nerv der Zeit treffen, zielführende behördliche Unterstützung erhalten. Projektinitianten bleiben langwierige Verfahren rund um Baubewilligungen entsprechend erspart, und verkürzte Dienstwege stehen offen, sofern das Anliegen amtsintern für relevant erklärt wird. «Wir haben aber eigentlich immer einen <fast track> offeriert bekommen», so Jakob Tanner. Letztlich waren beschleunigte Verfahren massgeblich dafür verantwortlich, dass das Projekt «Stolpersteine» bisher grosse mediale und öffentliche Aufmerksamkeit erhalten hat. Dies erhöhte auch die Bereitschaft der breiten Bevölkerung, sich nach Möglichkeit am Projekt zu beteiligen.

Ähnlich wie beim obigen Projekt ebnete der politische Zuspruch schneller den Weg für die Umsetzung des Swiss-Memorial-Konzepts. Die einstimmig angenommene Motion warf gleichwohl die kritische Frage auf, ob das Thema Holocaust-Gedenken mittlerweile kulturell so etabliert oder unangreifbar sei, dass die politisch Verantwortlichen es sich überhaupt nicht mehr leisten könnten, Einwände zu formulieren. Nach der ersten grossen Freude über den Entscheid folgte sogleich die Ernüchterung. Sowohl bezüglich departementaler Zuständigkeit als auch in Sachen Mitverantwortung war man sich in Bern uneins. Die unklaren Rahmenbedingungen hinsichtlich der Mitfinanzierung und die Bestimmung der Rechtsgrundlage hemmten den weiteren Entwicklungsprozess. Derzeit gibt es für die Steuerungsgruppe keine weiteren Planungsmöglichkeiten. Politisch-juristische Hürden scheinen vorerst nicht zu bestehen. Das zuständige Departement ist damit beschäftigt, Fragen bezüglich rechtlicher Aspekte abzuklären. Mit dem Anliegen betraute Juristen und Fachleute aus der Bundesverwaltung gehen mit ziemlicher Sicherheit davon aus, dass sich das Memorial im Bereich des Bildungs- und Kulturauftrags verorten lässt und daher kein neues Gesetz, wie zum Beispiel ein Holocaust- oder Nationalsozialismus-Memorial-Gesetz, erlassen werden muss.

Jan Morgenthalers Erfahrungen mit seinem Projekt «Transit 1999» haben gezeigt, dass bürokratisch-administrative Abläufe Projektrealisierungen besonders aus dem Kunstmilieu ausbremsen können, wenn eine solide behördliche Unterstützung fehlt. Der Künstler fasst seine Beobachtungen folgendermassen zusammen: «Wenn die Stadt als Institution, als bürokratischer Apparat, als Maschine auftritt, dann werden Projektrealisierungen oft verunmöglicht.» Bei der geplanten Generationen-Skulptur

waren der Aktionsgruppe für das *Denkmal 2051* bislang keine rechtlichen oder bürokratischen Hindernisse in den Weg gelegt worden. Wie Michael Fässler gleichwohl ausführt, befürchteten die Projektverantwortlichen im Planungsverlauf, dass die Ausgestaltung des neuartigen Konzepts respektive die Platzierung der Skulptur durch das mögliche Einschreiten des Denkmalschutzes hätte eingeschränkt oder gar abgelehnt werden können. «Ich persönlich habe während eigener vergangener kultureller Tätigkeiten mehrmals die Erfahrung gemacht, dass die Umsetzung neuerer Ideen durch den Denkmalschutz eher verhindert wurde.»

Persönliche Unterstützung aus der Politik und Gelder von Privatpersonen scheinen die Erfolgsgaranten zu sein, wie Jan Morgenthalers Erfahrungen zeigen.

Ähnliche Mechanismen der Schweizer Bürokratie zeigen sich an einem aktuellen Beispiel aus dem Feld des politischen Aktivismus: Das Kollektiv «Vo da.» erfährt zurzeit wenig Unterstützung für sein Engagement. Auch wenn die Gruppierung für ihre Arbeit viel Zuspruch aus progressiven Gesellschaftskreisen erhält, ergeben sich Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung der Forderungen. Im Zusammenhang mit dem Anliegen, Häusernamen mit rassistischer Konnotation im Zürcher Niederdorf entfernen zu lassen, berichtet der Initiant Dembah Fofanah von Schwierigkeiten, zu den politischen Amtsträgern durchzudringen: «Drei Anläufe waren nötig, bis näher auf unsere Anfrage eingegangen wurde.»

Um mehr Aufmerksamkeit für ihre politischen Anliegen zu erhalten, entschied sich die EKdM zu einer farbenfrohen Denkmalaktion. Auch wenn spontane Umgestaltungen von Denkmälern wie jene vom 13. Juni 2020 in Bern die Gunst der Stunde nutzen, agieren die Verantwortlichen in einem rechtlichen Graubereich. Gleichwohl scheint bei solchen Aktionen ein gewisser behördlicher Toleranzbereich zu bestehen, wenn der Kontext politisch für legitim erklärt wird. Wie das Beispiel der EKdM zeigt, ist es in der Schweiz keine Selbstverständlichkeit, sich für politische Aktionen engagieren zu können. «Zeit und Geld ist eine Hürde», wie Sabine Künzler als Mitglied der EKdM und Beteiligte der Denkmalaktion anmerkt. «Mit Geld meine ich in diesem Zusammenhang den Luxus, etwas Aufwendiges machen zu können, ohne dass man damit Geld verdienen muss.»

Zehn Empfehlungen für zivilgesellschaftliche Teilhabeprojekte in der Schweiz

Welche konkreten Handlungsanleitungen erweisen sich nun im Zusammenhang mit zivilgesellschaftlicher Partizipation als sinnvoll? Es ist schwierig, hierzu einheitliche Empfehlungen abzugeben, weil spezifische lokale und regionale Ausprägungen verschiedene Lösungen erfordern. Auch die Interessen von Nachbarschaften, Communities, Quartieren, Städten oder Regionen sind mitunter sehr unterschiedlich. Die folgenden Empfehlungen basieren auf den Auswertungen der Fallbeispiele und der Interviews in dieser Studie. Wir verstehen sie als Denk- und Handlungsangebot. Ihre primäre Zielgruppe sind zivilgesellschaftliche Personen, die ein offizielles erinnerungskulturelles Narrativ aufbrechen und die entsprechenden Repräsentationsformen im öffentlichen Raum «von unten» verändern wollen. Für Fachpersonen und Entscheidungsträgerinnen aus Politik und Verwaltung bieten die Empfehlungen eine Orientierung, wie partizipative Projekte angestossen werden können.

1. Communitys schaffen

Am Anfang erinnerungskultureller Partizipationsprojekte steht oft die Gründung neuer oder die Nutzung bestehender zivilgesellschaftlicher Vereine, Bündnisse oder Stiftungen. Solche Communitys wirken sich einerseits positiv auf die Selbstwirksamkeit von Personen aus, die bislang von der kulturellen Teilhabe ausgeschlossen waren. Andererseits erhöht das Auftreten als Community die öffentliche Reichweite. Gerade digital lassen sich «Interessen-Communitys» rasch aktivieren und für konkrete kulturelle Ziele ansprechen, wie das Beispiel des Zürcher Kollektivs «Vo da.» zeigt (Fallbeispiel 11).

2. Kooperationen und Netzwerke bilden

Vielfältige Verbindungen mit Vertreterinnen aus Politik, Verwaltung, Kultur und Forschung ebnen den Weg für eine breite zivilgesellschaftliche Mobilisierung. Verbreitet sind auch Kooperationen von Aktivistinnen mit Künstlerinnen oder Künstlerkollektiven sowie mit nicht staatlichen Organisationen. Im besten Fall entwickeln sich im Verlauf eines Teilhabeprojekts Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Anspruchsgruppen aus Politik und Verwaltung. Dies veranschaulichen Projekte wie «ReMapping Memories» (Fallbeispiel 7) in den Hafenstädten Hamburg und Lissabon oder das geplante Swiss Memorial in Bern (Fallbeispiel 3).

3. Digitale Technologien nutzen

Die meisten der neueren Teilhabeprojekte bedienen sich digitaler Technologien: für das Sammeln von Ideen, den Austausch, um Output zu generieren und um zu kommunizieren. Gerade Social-Media-Kanäle erweisen sich als wirksame Instrumentarien für die zivilgesellschaftliche Mobilisierung, wie beispielsweise das «Portland's Monuments & Memorials Project» zeigte (Fallbeispiel 6). Idealerweise wird die Kommunikation via Social Media durch Dialogveranstaltungen und persönliche Direktansprache ergänzt. Digitale Technologien können auch selbst zu einer erinnerungskulturellen Praxis werden: So sind beispielsweise digitale Medieninstallationen gängige Mittel, um Gedenkstätten zu schaffen oder um auf den Widerstand gegen herkömmliche materielle Erinnerungskultur aufmerksam zu machen. Ein kreatives Beispiel hierzu ist die digitale Stadtkarte aus dem Projekt «Public Iconographies», welche die Beziehungen zwischen Bewohnern und Denkmälern darstellt (Fallbeispiel 13).

4. Think globally, act locally

Forderungen nach Neu- oder Umgestaltungen von erinnerungskulturellen Repräsentationsformen überzeugen, wenn sie auf historische Ereignisse von überregionaler Bedeutung verweisen oder einen konkreten Bezug zu Gegenwartsproblemen haben (think globally). Wer an aktuelle mediale und politische Diskussionen anknüpft, erhöht seine Chancen, in Politik und Verwaltung Unterstützung zu finden. Dies zeigt das Projekt «Stolpersteine» (Fallbeispiel 2) ebenso wie das geplante Swiss Memorial (Fallbeispiel 3). Bezüglich ihrer Umsetzung beschränken sich erfolgreiche Projekte und Aktionen jedoch zumeist auf einen lokalen Raum (act locally). Nachbarschaften, Gemeinden und andere kleinteilige Verbände haben die grösste Chance, ihre Ziele zu erreichen.

5. Wettbewerbe, Abstimmungen und Bürgerforen organisieren

Für Behörden und andere Auftraggeber empfiehlt es sich, Projekte öffentlich auszuschreiben oder Ideenwettbewerbe zu organisieren. An den Entscheidungsprozessen sollten alle Bürgerinnen teilhaben können, beispielsweise durch digital gestützte Abstimmungsverfahren. Eine weitere Möglichkeit sind repräsentativ zusammengesetzte

Bürgerräte oder breite Bürgerforen, wie sie im Zusammenhang mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig (Fallbeispiel 5) entstanden sind. Um die Partizipationsmöglichkeiten zu erhöhen, bietet es sich an, die sozialen Medien zu nutzen, ergänzt mit Dialogveranstaltungen vor Ort und im digitalen Raum.

6. Ganzheitliche Partizipation ermöglichen

Umfassend partizipative Verfahren beziehen zivilgesellschaftliche Personen in allen Phasen des Entstehungs- und Umsetzungsprozesses mit ein: von den ersten Entwürfen über Ausschreibungen, die Standortwahl bis hin zur Finalisierung. Ein Beispiel dafür ist das Leipziger Einheitsdenkmal (Fallbeispiel 5), das mit mehreren Partizipationsfenstern arbeitete. Im Vergleich zu einmaligen Onlinevotings oder Bürgerbefragungen versprechen solche Verfahren ein besonders hohes Mass an Partizipation. Sie können aber auch langwierige Prozesse auslösen, in denen es auszuhandeln gilt, wie beispielsweise ein Denkmal am Ende aussehen und welchen künstlerischen Ansprüchen es genügen soll.

7. Über das Einzelobjekt hinausdenken

Für zivilgesellschaftliche Akteure ist es Erfolg versprechend, früh klare Ziele und Massnahmen zu formulieren. Dies schafft Verständnis, gibt Forderungen argumentativen Rückhalt und erleichtert es Verwaltung und Politik, adäquat zu reagieren. Bestenfalls gehen die Ziele und Massnahmen über die Neu- oder Umgestaltung einzelner Objekte wie Statuen oder die Änderung von Gebäudennamen hinaus und nehmen auch die langfristige Vermittlung historischer Ereignisse in den Blick. Dies kann wie beim Swiss Memorial (Fallbeispiel 3) oder dem Mahnmal zu Ehren versklavter Menschen in Lissabon (Fallbeispiel 7) die Errichtung eines Museumsortes sein. Eine weitere Möglichkeit ist die erinnerungskulturelle Aufarbeitung der Ortsgeschichte, wie es in Neuenburg beim David-de-Pury-Denkmal (Fallbeispiel 8) vorgesehen ist.

8. Temporäre Denkmalaktionen durchführen

Denkmäler temporär umzugestalten oder vorübergehend zu verschieben, sind geeignete Mittel, um Aufmerksamkeit zu erregen und auf problematische Narrative und deren materielle Repräsentationsformen aufmerksam zu machen. Solche Aktionen können Denkanstösse liefern und – wenn sie sauber dokumentiert werden – auch längerfristige Effekte erzielen («Eidgenössische Kommission

dini Mueter (EKdM)», Fallbeispiel 10). Medienwirksame Aktionen bergen aber auch Risiken: Im Projekt «Transit 1999» (Fallbeispiel 9) beispielsweise lag der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stark auf der Kunstform, wohingegen komplexere Zusammenhänge und übergreifende Problematiken kaum erkannt wurden.

9. «Fast Track»-Verfahren erwirken

Initiativen, die den Nerv der Zeit treffen, können in der Schweiz gezielte behördliche Unterstützung erhalten («Stolpersteine Schweiz», Fallbeispiel 2). Gibt es bei den zuständigen Stellen gar eine eigene Interessenvertretung, erhöhen sich die Chancen, ein Anliegen rasch auf die politische Agenda setzen zu können und damit Dienstwege zu verkürzen («Fast Track»-Verfahren). Dennoch ist es wichtig, dass weiterhin Raum für kontroverse Diskussionen bestehen bleibt. Für die Behörden empfehlen sich departementsübergreifende Koordinationsgremien, die sich gezielt mit Anliegen im Zusammenhang mit Erinnerungskultur auseinandersetzen.

10. Den politisch-rechtlichen Rahmen kennen und nutzen

Für Kultur und Denkmalschutz sind grundsätzlich die Kantone zuständig. Lokale Projekte sind hierbei gegenüber nationalen im Vorteil. So bremsten offene Fragen bezüglich der Zuständigkeit und der rechtlichen Grundlage das Projekt Swiss Memorial (Fallbeispiel 3) aus, obwohl die politische Unterstützung gross war. Andererseits kann der Bund unter Berücksichtigung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt an Projekten mitwirken, welche die Teilhabe der Bevölkerung fördern.

Zivilgesellschaftliche Akteure können bei Behörden auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene Petitionen einreichen, um Projekte zu initiieren. Deren Wirksamkeit ist aber beschränkt, weil Behörden diese lediglich zur Kenntnis nehmen müssen. Mit Risiken behaftet sind auch temporäre Umgestaltungen, wie sie die Aktivistinnen am Welttelegrafendenkmal vorgenommen hatten und woraus dann die «Eidgenössische Kommission dini Mueter» hervorging (Fallbeispiel 10). Im besten Fall erachtet eine Behörde eine solche Aktion als «schlichten Gemeingebrauch» einer öffentlichen Sache, wofür keine Bewilligung erforderlich ist. Nutzungen von öffentlichen Sachen, welche nicht mehr bestimmungsgemäss oder gemeinverträglich sind, sind jedoch bewilligungspflichtig. Dies wäre beispielsweise bereits beim Aufstellen eines Informationsstandes auf einem öffentlichen Platz der Fall.

Literatur

Altorfer, Heinz (2019): Aufbrüche. Zum Teilhabe-Diskurs in der Schweiz, in: Nationaler Kulturdialog (Hg.): Kulturelle Teilhabe. Ein Handbuch, Zürich/Genf, S. 41–51.

Bundesamt für Kultur: Dokumente, Kulturbotschaft 2021-2024, in: <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/themen/kulturbotschaft/dokumente.html>, Stand: 20.10.2021.

Cornelissen, Christoph: Erinnerungskulturen, Version 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.265.v2>, Stand: 19.1.2022.

Doelker, Christian (2016): Kulturtechniken und Medien, in: Behrens, Peter und Thomas Rathgeb (Hg.): Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs). Kulturtechniken und Medien, Stuttgart, S. 1–6.

Erll, Astrid und **Ansgar Nünning** (2018): Cultural Memory Studies. An International and Interdisciplinary Handbook, Berlin/New York.

Erll, Astrid (2017): Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart.

European Union (2018): Participatory governance of cultural heritage: Report of the OMC (Open Method of Coordination) working group of member states' experts, <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/b8837a15-437c-11e8-a9f4-01aa75ed71a1>, Stand: 7.11.2021.

François, Étienne und **Hagen Schulze** (2000): Einleitung, in: dies. (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte I, München, S. 9–24.

Kreis, Georg (2008): Zeitzeichen für die Ewigkeit. 300 Jahre Schweizerische Denkmaltopografie, Zürich.

Kreis, Georg (2010): Schweizer Erinnerungsorte. Aus dem Speicher der Swissness, Zürich.

Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, Weinheim.

Lapaire, Claude: «Denkmäler», in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), 15.4.2010, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/024482/2010-04-15/>, Stand: 9.10.2021.

Majerus, Benoît et al. (2009): Dépasser le cadre national des «lieux de mémoire»: innovations méthodologiques, approches comparatives, lectures transnationales = Nationale Erinnerungsorte hinterfragt: methodologische Innovationen, vergleichende Annäherungen, transnationale Lektüren, Bruxelles/Bern.

Menkovic, Biljana (1998): Politische Gedenkkultur. Denkmäler: Die Visualisierung politischer Macht im öffentlichen Raum, Wien.

Mey, Günter und **Katja Mruck** (2009): Methodologie und Methodik der Grounded Theory, in: Kempf, Wilhelm und Markus Kiefer (Hg.): Forschungsmethoden der Psychologie. Zwischen naturwissenschaftlichem Experiment und sozialwissenschaftlicher Hermeneutik III: Natur und Kultur, Berlin, S. 100–153.

Morgenthaler, Jan und **Eva Schumacher** (1999): Ein flüchtiger Sommer in Zürich. Die reisenden Denkmäler, Zürich.

Moroni, Isabelle (2019): Renforcer la participation culturelle. Un nouveau défi démocratique, in: Nationaler Kulturdialog (Hg.): Kulturelle Teilhabe. Ein Handbuch, Zürich/Genf, S. 33–41.

Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE (2021): Teilhabe am Kulturerbe – ein Leitfaden, <https://www.nike-kulturerbe.ch/de/publikationen/>, Stand: 20.12.2021.

Nationaler Kulturdialog (2019): Kulturelle Teilhabe. Ein Handbuch, Zürich/Genf.

Nationaler Kulturdialog (2021): Förderung kultureller Teilhabe. Ein Leitfaden für Förderstellen, Bern, <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/68162.pdf>, Stand: 20.10.2021.

Nora, Pierre (2005): Erinnerungsorte Frankreichs, München.

Samida, Stefanie, Manfred Eggert und **Hans Peter Hahn** (2014): Einleitung. Materielle Kultur in den Kultur- und Sozialwissenschaften, in: dies. (Hg.): Handbuch Materielle Kultur. Bedeutungen, Konzepte, Disziplinen, Stuttgart, S. 1–13.

Samida, Stefanie, Manfred Eggert und Hans Peter Hahn (2014): Denkmal, in: dies. (Hg.): Handbuch Materielle Kultur. Bedeutungen, Konzepte, Disziplinen, Stuttgart, S. 189–193.

Sandl, Marcus (2005): Historizität der Erinnerung/Reflexivität des Historischen. Die Herausforderung der Geschichtswissenschaft durch die kulturwissenschaftliche Gedächtnisforschung, in: Oesterle, Günter (Hg.): Erinnerung, Gedächtnis, Wissen. Studien zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung, Göttingen, S. 89–121.

Schlaefli, Samuel: Das kollektive Gedächtnis – ein Mythos?, <https://www.unibas.ch/de/Aktuell/Uni-Nova/Uni-Nova-137/Uni-Nova-137-Das-kollektive-Gedaechtnis-ein-Mythos.html>, Stand: 21.03.2022.

Schmid, Harald (2009): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen.

Siebeck, Cornelia (2010): Denkmale und Gedenkstätten, in: Gudehus, Christian, Ariane Eichenberg und Harald Welzer (Hg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart/Weimar, S. 177–183.

Siegert, Bernhard (2011): Kulturtechnik, in: Maye, Harun und Leander Scholz (Hg.): Einführung in die Kulturwissenschaft, München, S. 95–118.

Zobl, Elke (2018): Perspektivenwechsel gefragt: Hin zu einer selbstreflexiven und kritischen kulturellen Teilhabe, in: p-art-icipate. Kultur aktiv gestalten. eJournal des Programmbereichs Contemporary Arts & Cultural Production, Salzburg, <https://www.p-art-icipate.net/perspektivenwechsel-gefragt-hin-zu-einer-selbstreflexiven-und-kritischen-kulturellen-teilhabe/?pdf=7497>, Stand: 18.12.2021.

Externer Anhang zu den Fallbeispielen und den Leitfadeninterviews

Der Anhang ist online in einem separaten Dokument verfügbar. Er beschreibt die Struktur der Fallbeispiele und gibt zu jedem Beispiel weiterführende Referenzen an. Weiter enthält er das Schema, die Schwerpunkte und die Leitfragen der Leitfadeninterviews sowie transkribierte und codierte Auszüge daraus.

Zum Anhang: <https://doi.org/10.5281/zenodo.6557880>



Bildnachweise

Abb. 1: Denkmal 2051 des Berner Generationenhauses, © Rob Lewis 2021

Abb. 2: Denkmal 2051 des Berner Generationenhauses, © Rob Lewis 2021

Abb. 3: Stolpersteine in der Schweiz, CC-BY-4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=97561083>

Abb. 4: Swiss Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus, © Keystone/Peter Schilling

Abb. 5: Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung, © Meininger/Urban 2021

Abb. 6: Freiheits- und Einheitsdenkmal, https://freiheitsdenkmal-leipzig.de/wp-content/uploads/2021/02/Stiftung-FriedlRev-Din-lang_jda_cs11_highres_Einzelseiten.pdf, S. 6

Abb. 7: Portland's Monuments & Memorials Project, © Omnivore Inc. 2020, Alice Chung, Julie Cho, Karen Hsu

Abb. 8: ReMapping Memories – Mahnmal zu Ehren ver-sklavter Menschen, <https://re-mapping.eu/de>

Abb. 9: ReMapping Memories – Mahnmal zu Ehren ver-sklavter Menschen, <https://re-mapping.eu/de>

Abb. 10: Collectif pour la Mémoire – Umgestaltung des David-de-Pury-Denkmal, © Christina Graf 2021

Abb. 11: Reisende Denkmäler («Transit 1999»), © Manfred Ziegele 1999

Abb. 12: Umgestaltung des Welttelegrafendenkmals, © EKdM 2020, zvg

Abb. 13: Vo da. © Kollektiv Vo da. 2022

Abb. 14: Vo da. © Kollektiv Vo da. 2022

Abb. 15: Erdinger Geschichte, <https://www.erdinger-geschichte.de/>

Abb. 16: Public Iconographies, © Monument Lab 2020

Abb. 17: #everynamecounts – Digital Archives, © Arolsen Archives 2022

Abb. 18: #everynamecounts – Digital Archives, © Arolsen Archives 2022



Kurzbiografien Autorin und Autoren

Anne Schillig studierte Geschichte und Ethnologie in Potsdam und Luzern und promovierte 2019 an der Universität Luzern. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichtsdidaktik und Erinnerungskulturen an der Pädagogischen Hochschule Luzern und der Universität Fribourg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Praktiken öffentlicher Geschichtsvermittlung sowie Gedenk- und Erinnerungskulturen in international vergleichender Perspektive.

Gian Knoll studiert im Masterstudiengang Geschichtsdidaktik und öffentliche Geschichtsvermittlung an der Pädagogischen Hochschule Luzern und der Universität Fribourg. Er ist Projektmitarbeiter am dortigen Institut für Geschichtsdidaktik und Erinnerungskulturen.

Sebastián Lingenhölle ist Oberstufenlehrer und Projektmitarbeiter am Institut für Geschichtsdidaktik und Erinnerungskulturen an der Pädagogischen Hochschule Luzern. Er absolviert den Studiengang Geschichtsdidaktik und öffentliche Geschichtsvermittlung an der Pädagogischen Hochschule Luzern und der Universität Fribourg.

SAGW

Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) vermittelt, vernetzt und fördert die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung in der Schweiz. Ihr gehören 62 Fachgesellschaften und rund 20 Kommissionen an und sie leitet mehrere grosse Forschungsunternehmen. Sie versteht sich als Mittlerin zwischen Forschenden und wissenschaftlich interessierten Personen einerseits und politischen Entscheidungsträger-innen, Behörden und einer breiteren Öffentlichkeit andererseits. Die SAGW verfügt über ein Budget von rund 19 Millionen Franken und wird von einem Vorstand mit 18 Mitgliedern aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung geleitet. Im Generalsekretariat arbeiten 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

ASSH

L'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) communique, coordonne et encourage la recherche en sciences humaines et sociales en Suisse. En tant qu'organisation faitière, elle regroupe 62 sociétés savantes et 20 commissions scientifiques. Elle dirige également plusieurs entreprises de recherche de taille importante. L'ASSH fonctionne comme intermédiaire entre d'une part des chercheurs et des personnes intéressées au domaine scientifique, et, d'autre part, les organes exécutifs, les autorités et le grand public. Disposant d'un budget annuel de 19 millions de francs environ, elle est dirigée par un Comité de dix-huit membres issus de la communauté scientifique, de la politique et de l'administration. Le Secrétariat général compte quinze collaboratrices et collaborateurs.

